

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Stäger. in der Post-Zeitungs-Verkäufte für 1892 unter Nr. 6552.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Ant. Z. Nr. 418.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Mai 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Ein Handegen.

Zu den Gewohnheiten der Rostäuser, Schmuggler, Wilddiebe und fahrenden Komödianten gehört es, wenn sie alt geworden sind und ihren Verufen nicht mehr nachzugehen vermögen, in vertraueneren Kreisen mit den Streichen zu prahlen, welche sie in jüngeren Jahren ausgeführt haben. Ein ähnliches Bedürfnis scheint auch den Alt-Reichs-kämpfer in Friedrichshagen zu quälen.

Denn anders sind seine Geschichten, welche er bald neugierigen Reporter in die Feder diktiert, bald in dem Annoncenblatt der Hamburger Bourgeoisie, den dortigen „Nachrichten“ veröffentlicht, nicht erklärlich. Wir haben von diesen Ausplaudereien regelmäßig Notiz genommen, und unsere Leser werden mit uns denselben Eindruck bei diesen Erzählungen einer schönen Seele empfangen haben, nämlich den, daß der Erzähler von seiner eigenen Bedeutung überzeugt und, in Bezug auf die Mittel, mit welchen er seine Zwecke zu erreichen hoffte, gewissen- und skrupellos war.

So erfahren wir aus einer der letzten Veröffentlichungen in den „Hamburger Nachrichten“, daß es in dem Plane des gewesenen Kanzlers lag, die sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Verzweiflung zu treiben, sie zum Los-schlagen zu bringen, um sie dann durch einen Handegen von General, welchen der Handmeier zu diesem Zwecke zum Minister machen wollte, niederzukartätschen zu lassen. Die sozialdemokratische Bewegung, welche weder mit den Mitteln der Korruption, welche der Reptilienfonds so reichlich zur Verfügung stellte, noch durch Polizeibrutalität zu erdrücken war, sie sollte, nach dem Vorgange der Niederwerfung der Pariser Kommune im Jahre 1871, im Blute erstickt werden.

Diese Absicht bestand bei dem „Heros der Nation“ und größten Staatsmann unseres Jahrhunderts schon lange, und wenn Ende der achtziger Jahre das Bestreben, sie zu verwirklichen, wieder stärker hervortrat, so war dies gewiss eine Folge davon, daß um jene Zeit „nichts mehr gelingen wollte“. Aber auch in früheren Jahren war der gute Wille, es um jeden Preis zu einer Katastrophe zu treiben, im vollen Umfange schon vorhanden. Besonders war dies der Fall während der Attentatsperiode 1878 und in dem ersten Monate nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Wenn in jenen Tagen das offizielle Organ unserer Partei, der in Leipzig erscheinende „Vorwärts“ Nummer für Nummer mit großer Schrift die Aufforderung enthielt:

„Parteilosen, laßt Euch nicht provozieren, man will schiessen!“

so mußte die damalige Parteileitung sehr wohl, worauf sich diese Warnung stützte.

Der Vetter Bismarck's, Herr v. Puttkamer, der die Sozialistenhege in Regie bekam, begann das alte Spiel, welches 1878 mit der in nächste Nähe gerückten Aussicht auf blaue Bohnen für die Arbeiter und den Bürgerkrieg zu Ende gespielt schien, von Neuem.

Zunächst wurde es wieder mit dem Zuckerbrot versucht. Der Sozialistenprediger Puttkamer, welcher später hinter

jedem Streik die Hydra der Revolution sah, ließ zunächst den Berliner Arbeitern die ausnahmegesetzlichen Fessel lockern. Sie durften Fachvereine gründen, und als sie an den Stadtverordneten-Wahlen sich mit Erfolg beteiligten, sah Herr von Puttkamer hierin nur eine „legitime Thätigkeit des vierten Standes“ und höhnte die Fortschrittler, die sich, echt freisinnig wie immer, dadurch beschwert fühlten, daß die Wahlagitation der Sozialdemokraten zu den Stadtverordneten-Wahlen nicht sozialistengesetzlich unmöglich gemacht wurde.

Es war in jener Zeit, da über Stöcker's „gemäßigte“ Antisemitismus die Sonne bismarckischer Gnade schien, und der Herr Hopsrediger im Bunde mit dem Professor Wagner ihren Bündnisantrag für die Berliner Reichstags-Stichwahlen an die Führer unserer Partei gelangen ließen. Die darüber ausgestellte Quittung war freilich derart, daß seitdem kein Versuch mehr gemacht wurde, die sozialdemokratischen Umstürzler für die Stöcker und Konsorten dienstbar zu machen. Herr von Puttkamer, der Junker mit der staatsmännischen Pose, entdeckte aber jetzt, daß er der offenen Sprache eines Most, gegenüber der sich in gesellschaftlichen Bahnen bewegenden Agitation der sozialdemokratischen Partei, den Vorzug der Männlichkeit und des geraden Charakters zueräumen müsse. Es begann die Periode der Provokationen um jeden Preis. Der Kopenhagener Kongress 1888 zeigte unsere Partei in alter, festgeschlossener Ordnung, und wie schlecht die Polizei, trotz aller Versuche, die Verderbnis in unsere Reihen zu tragen, über die Vorgänge in der Partei unterrichtet war, geht daraus hervor, daß die Polizei-Organ an der Schweizer Grenze unsere Delegierten erwarteten, während der Kongress bereits ruhig in Kopenhagen tagte. Die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen zeigten aller Welt offen den Bankbruch des Sozialistengesetzes. Statt dasselbe aber aufzugeben, wurde jetzt der „Kleine“ aus nichtsagenden Anlässen über eine Reihe von Städten verhängt. Frankfurt a. M. wurde mit dieser Maßregel beglückt, obwohl die dort maßgebenden Behörden sich entschieden dagegen ausgesprochen hatten, München und Nürnberg blieben nur verschont, weil das bayerische Reservatrecht über das Heimathwesen einen zur Zeit unübersteiglichen Hinderungsgrund bildete.

Stettin und Spremberg wurden dagegen ohne greifbaren Anlaß mit der Maßregel beglückt, und für eine Zahl anderer Städte war das gleiche Schicksal in Vorbereitung. Das samose Wort des Bismarck'schen Sprößlings, daß die Hundesperre unabweisbar sei, als der kleine Belagerungs-zustand, schien zum geltenden Staatsgrundsatz erhoben zu sein. Im Geiste dieses Wortes wurden auch die Ausweisungen betrieben. In Frankfurt a. M., wo die Arbeiter gelegentlich der Szenen bei dem Begräbnis des Genossen Piller im Mai 1888 eine wunderbare Selbstbeherrschung bewiesen hatten, so daß schließlich das Gericht die provozierenden Polizeibeamten zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurtheilen mußte — die allerdings nicht verbüßt zu werden brauchten —, wurden die Ausweisungen-

allerdings tausendfach vor, daß Einer mit seiner Arbeit dem Anderen unbedeutend wird, statt daß es umgekehrt sein müßte; aber dafür haben Sie sowohl den Geist, als auch die allesbewältigenden Mittel, um sich an den Ort zu stellen, wo Sie nicht nur keinem nützlich und wirklich verunfalligen Menschen unbedeutend werden, sondern mit tausend Armen zum Heile der Menschheit wirken können.“

„Das ist ganz hübsch gesagt; aber gerade in diesen Sachen bin ich ein größlicher Ignorant; ich wüßte nicht, wie ich es anfangen sollte.“

Und eben deshalb lade ich Sie ein, sich in unserer Genossenschaft anzusehen; Sie werden da ein kleines Bild der Welt erblicken, wie sie künftig sein kann, und schnell genug den Platz finden, auf dem Sie am besten wirken können.“

„Wahrhaftig, ich muß Ihnen gestehen, daß mir der Vorschlag sehr wohl gefällt, daß er mich in ganz neuer Weise anregt. Und wenn Sie mein Führer sein wollen, bin ich Ihnen gewiß großen Dank schuldig. Denn, offen gestanden, ich habe mich schon seit langer Zeit für ein recht unnützes Thier angesehen.“

„Ich halte es für eine heilige Pflicht, Ihnen diesen Dienst zu leisten.“

„Topp also; es gilt. Nun will ich den Türken wieder ausziehen und mich den fortgeschrittensten Elementen der fortgeschrittensten Völker zuwenden. Jemandwo auf Erden muß doch auch für mich ein Platz zu finden sein.“

„Im großen Strom des Lebens, Sie können sich darauf verlassen,“ versicherte Lange und verabschiedete sich von dem Türken, der bald kein Türke mehr sein sollte.

urkunden — ganz im „christlichen“ Geiste Puttkamer's — am Tage vor Weihnachten zugestellt. Ebenso erhielten die im Spremberger Aufbruchprozess verurtheilten Rekruten die Aufforderung, am Weihnachtsabend ihre Strafe anzutreten.

So geschah aller Orten alles, um den sozialdemokratischen Arbeitern recht wehe zu thun. Sie zu Thorheiten zu reizen, oblag außerdem gewissen „pflichtgetreuen“ Beamten, wie die Fälle Jhring-Mahlow und Wohlgenuth vor aller Welt bekundeten. Ob der ungeheuerliche Vorschlag mit dem Expatrirungsparagrafen denselben Zweck dienen sollte, wagen wir weder zu behaupten, noch zu bestreiten.

Thatsache aber ist, daß mit Geldern, welche durch Polizei-Organ geliefert wurden, jene im Auslande erscheinenden Preßzeugnisse unterstützt wurden, deren ausgesprochene Tendenz dahinging, die deutschen Arbeiter zu einem gewaltsamen Putsch zu verleiten.

Welchen Wünschen die Arbeiter mit einer solch' wahn-sinnigen That entgegen gekommen wären und wie ein mit einem Putsch die Arbeiter die Kastramen aus dem Feuer hätten holen sollen, das zeigt uns jetzt das zynische Geständnis des Chefredakteurs der „Hamburger Nachrichten“.

Man drangsalirte die sozialdemokratische Arbeiterschaft bis auf's Blut, zerstörte rücksichtslos ihr Heim und ihre Familien, unterhielt zahllose Schufte im In- und Auslande, um die in ihren heiligsten Gefühlen verletzten Arbeiter aufzuheben, einen unüberlegten Streich zu wagen, und suchte zu gleicher Zeit einen „Handegen“, der bereit war, die auf die Straßen gelockten Arbeiter niederzuschleusen.

Das war die „unvergleichliche Staats-Kunst“, der am 17. März 1890 durch die Entlassung des mittlerweile zum „Reichsnotröhrler“ gewordenen Bismarck ein Ende gemacht wurde. Daß Herr von Stumm und die ihm Gleichgesinnten und Interessirten diesen Ausgang bedauern, werden unsere Leser mit uns befreilich finden. Jenen unserer Partei-genossen und denjenigen Arbeitern aber, welche unseren Führern und Leitern in der schweren Zeit des Ausnahmegesetzes so oft mangelnden Thatendrang zum Vorwurf machten, möchten wir die Worte zur Beherzigung empfehlen, welche aus Anlaß der Bismarck'schen Offenherzig-keiten ein Genosse niederschrieb, den wir Jahre lang auf der Seite der Unzufriedenen stehen sahen. Derselbe schreibt jetzt:

„Dieser Mann (Bismarck) glaubte also im Jahre 1890/91 einen Aufstand fertigstellen zu können, in dem es ihm möglich sein würde, die Arbeiterbewegung ausbluten zu lassen. Er war bei seinem Sturze eben beschäftigt, dazu die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, einen Handegen-General an die Spitze der preussischen Regierung zu bringen, der ihm als Koulisse dienen sollte, wenn es zum Morden kommen würde. Der Plan war teuflich schlaue angelegt. Es gelang nicht. Wir gestehen hiermit gern zu, daß die Bismarck'schen Veröffentlichungen uns manches Vorgehen in unserer Partei, dem wir früher entgegen-traten, in anderem Lichte erscheinen lassen. Wir geben zu, daß dem in der Provinz hollerten Verbannten manche Anzeichen ganz entgegen mußten, manche viel ungeschicklicher erschienen,

### Drittes Kapitel.

#### Sturm vögel.

Das Begräbnis von Hedwig Reichelt war nicht vorübergegangen, ohne einen bleibenden Eindruck in den frischen, empfänglichen Arbeiterherzen hervorzubringen. Ein Artikel des „Volksblatts“, der die Empfindungen, welche jenes Begräbnis hervorgerufen, frisch wiedergab, verbreitete sie auch unter denen, welche der Feier ferngeblieben. Zudem gab es noch andere andauernde Ursachen zu unruhigen Bewegungen und Anzeichen. Vier Monate schon dauerte der stille, dumpfe Kampf zwischen Findeisen und seinen Arbeitern; große Summen gingen dabei verloren, welche der Fabrikant groß und mit heimlichen Nachgelübden zusammenrechnete. Viele Arbeiter hatten die Stadt verlassen; trotz allen Versprechungen in auswärtigen Blättern kam nur selten ein Arbeiter in die mit dem Arbeiterbanne belegte Fabrik, und auch die seltenen Zugügler schämten sich bald vor ihren Mitarbeitern und wanderten sobald wie möglich wieder fort. Unverdroffen mühten sich indessen die Anderen, um ihren feiernden Kollegen das Leben zu stiften; nur mußte man sich bald sagen, daß diese Unterstützungen nach und nach zu Summen anwachsen, welche, hätte man sie gesammelt, zur Errichtung von eigenen Werkstätten hin-gereicht haben würden. Man mußte anerkennen, daß Lange Recht gehabt, als er gleich beim Anfange die Schattenseiten der Arbeitseinstellungen geschilbert. Freilich hatten die Findeisen'schen Arbeiter Zeit und Gelegenheit, die Lage der arbeitenden Klassen gründlicher zu studieren, und sie verbreiteten vielen Samen unter ihren Kollegen, Samen, der eine heisse Ernte versprach.

Inzwischen unvölkte sich der politische Himmel mehr und mehr. Bereits zu zweiten Male hatte in der Kammer die liberale Partei mit fünf bis sechs Stimmen di

### Feuilleton.

Wiederholt verboten.)

[111]

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von A. Otto Walster.

„Und womit haben Sie das Geld verdient? Ist dieses Geld nicht die Frucht der Arbeit Anderer, die Sie verzehren?“

„Allerdings; aber ich habe das Geld nun einmal, und es ist wohl besser, ich gebe es so aus, als wenn ich durch meine Arbeit Anderen eine Arbeit und vielleicht damit auch das Brot wegnehme.“

„Vorurtheile, nichts als Vorurtheile, Herr Philosoph. Wer in diesem Leben arbeitet, erleichtert seinen Mitmenschen das Leben, denn die Summe der notwendigen Arbeit auf Erden muß geschafft werden, und auf je mehr Schultern diese Arbeit vertheilt werden kann, je weniger beschwerlich wird sie für die Einzelnen. Wer aber lebt, ohne zu arbeiten, der vermehrt die Weltarbeit, ohne sie zu erleichtern. Der Rock, die Stiefeln u., die Sie zerreißen, müssen doch gemacht werden; das Brot, welches Sie essen, will als Getreide gebaut, dann gemahlen und gebacken sein; und wenn Sie nichts weiter thun, als für diese Arbeitsprodukte die von Anderen verdienten Wertheilchen hinzugeben, geben Sie da in Wirklichkeit der Welt etwas zurück? Bei dieser boden-losen Anarchie im Produktionswesen, wie es heutigen Tages bestellt ist und auch noch Bewunderer findet, kommt es



als sie wirklich waren. Daß Bismarck sozusagen den Tag zum Losfagen schon festgesetzt hatte, und daß nur Umstände, die er nicht in Rechnung gezogen, ihm seinen Plan verdoerben haben, das steht nach seinen eigenen Ausführungen fest. Da war freilich Klugheit und Ruhe sehr geboten."

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai.

**Aus dem Abgeordnetenhaus.** Die Buß- und Bettagsstimmung wirkte noch nach. Die Landboten bemühten sich am 12. Mai, der die dritte Lesung des Knappen-  
truges brachte, den Grubenarbeitern das ganze Jahr zu einem großen Bußtag zu machen. Ein belustigendes Zwischenpiel war der Kampf zwischen den Kommiss der Fedenbarone und den Ultramontanen. Letztere befanden sich in der Defensiv- und mühten sich redlich, zu beweisen, daß sie beileibe keine aufwiegende Agitation in den Kreisen der Bergarbeiter trieben. Mit einer Redlichkeit sondergleichen schmähten die Grubenagenten, ihres Sieges sicher, und ihr Schimpfplongier war nach dem Grundton abgestimmt, den der sozialpolitische Kapellmeister der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angegeben hatte. Der Ritter von der traurigen Gestalt, der Beauftragte der fürstlich Pleßischen Grubenerwaltung, spielte die erste Geige. Die Zentrumsleute Dasbach, Stögel, Lieber, Sige traten für ihren Standpunkt recht energisch ein. Der Reformminister von Verlepsh suchte sich gegen die an ihm in der Presse geübte Kritik — der „Vorwärts“ stand bekanntlich in erster Reihe auf dem Plane — mit schwachen Gründen und schwächlicher Beredsamkeit zu verteidigen. Seine Rede war so matt und schwindelhaft, wie die ministeriellen Stillschreibungen, die der „Reichs-Anzeiger“ gegen uns verbrochen hat. Er feierte das Arbeitertrug-Kortell des Reichstags, das unter der Führung des deutschfreimüthigen Kapitalistenschlitzers Guisfelich die Gewerbenovelle so gründlich verpöcht und verballhornt hat. Die Konservativen verbrüdereten sich auch diesmal mit den Nationalliberalen. Der deutschfreimüthige Redner, Herr Chertig, erklärte nochmals, seine Partei „halte es nicht für angeeignet, über den Rahmen der Merierungsvorlage hinaus Anträge zu stellen.“ Die Regierungsvorlage, die für die Arbeiter so gut wie Nichts, für die Fedenbesther aber Alles übrig hatte, war nach dem Geschmack des Deutschfreimüthigen, und das kennzeichnet diese Partei der „kleinen Leute“ zur Genüge. —

**Ein Nachspiel zur Zedlikiade.** Im Finanzausschuß des bayerischen Landtags wurde am 10. Mai der Etat der Matrisularumlagen beraten. Im Verlauf der Verhandlungen erklärte der Majewitz des Zentrums, Reichs- und Landbote Dr. Ortner, er wisse bestimmt, daß die Wendung in der preussischen Volksschulgesetzfrage auf einen Bericht des preussischen Gesandten in München, des Grafen Eulenburg, zurückzuführen sei. Er wisse es von hochstehender Seite aus Berlin und könne dem Minister eventuell weitere Mittheilungen machen. Der Minister des Aeußeren, von Crailsheim, erklärte, von solchen Berichten wisse er nichts; es sei auch nicht seine Aufgabe, solche Berichte zu kontrollieren. Der nationalliberale Schau meinte, Ortner könne nur durch Inquisition oder durch eine strafbare Handlung von dem Mitgetheilten Kenntniß erlangt haben. . . Es sei beiläufig daran erinnert, daß jüngst der schneidige Kavallerist des Zentrums, Herr v. Schorlemer-Alst, in einer weisfalschen Bauernversammlung es eine „große Unverschämtheit“ nannte, wenn die außerpreussischen Deutschen und namentlich die Süddeutschen — er meinte allerdings die Liberalen — sich auch um diese „rein preussische Angelegenheit“ gekümmert hätten. Im Uebrigen ist diese nachträgliche „Entsüllung“ nicht von dem mindesten Belang. —

**Die angebliche Branntweinsteuer-Reform.** Im bayerischen Finanzausschuß hat der Finanzminister Freiherr v. Niedel erklärt, er wisse nichts von der Absicht einer Abänderung der Reichssteuer auf Branntwein, Bayern sei entschieden gegen eine solche Abänderung. —

**Ist's möglich?** Unter den deutschen Ostafrika-Reisenden ist unstrittig Dr. Gottlob Adolf Krause einer der

fachkundigsten und unbefangenen. Er hat den Finger in des kolonialpolitischen „Glases“ Wunde gelegt und den Nachweis erbracht, daß unter dem Schutz und im Bereich der deutschen Flagge Sklavenhandel und Sklavenwirtschaft betrieben werden. Nur seinem Vorgehen ist es geschuldet, daß die deutschen Kolonialbehörden angewiesen wurden, gegen den Sklavenhandel einzuschreiten. Zum mindesten mußten die amtlichen Organe dies zu melden. Die „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 219 vom 11. Mai) veröffentlicht nun einige Briefe Krause's, der sich zur Zeit wieder in Afrika aufhält. In einem dieser Briefe, datirt aus Spando vom 9. März, heißt es:

„Die deutschen Behörden in Togo haben ferner die Großen von Salaga aufgefordert, „sie sollten nicht erlauben, daß ich in Salaga Handel treibe, sie sollten mich vertreiben.“ Ich hätte die Anklage erhoben, daß in Togo Sklavenhandel getrieben werde. Eine solche Maßregel wäre in zivilisirten Ländern weiter keiner Erwähnung werth, sie hätte keine besondere Bedeutung. Ganz anders ist es in Afrika. Durch die Aufforderung Seitens deutscher Behörden, einen Deutschen zu vertreiben, erklären diese Behörden, daß dieser Deutsche schuldig ist, und die Eingeborenen sagen sich, daß dieser Deutsche vogelfrei ist, sein Leben und sein Gut. Afrikaner ziehe“ daraus leicht den Schluß, solchen Europäer zu berauben und zu ermorden sei nichts Besonderes. Wer trägt die Verantwortung für diese Aufforderung, ist sie direkt von der deutschen Regierung ausgegangen oder von einem einzelnen deutschen Beamten in Togo? Ich kann sie rückwärts verfolgen bis zum Premierlieutenant Herald in Wifaböhe, von dem ich sie zu den Schwarzen gekommen. Es ist derselbe Herr, der im September 1890 einen Paß für Salagahändler und ihre Sklaven ausgestellt hat. Eine Votschaft ist nach Salaga bestimmt, eine andere für Sofo, den im letzten Jahre vom Hauptmann Kling eingesehten ersten Chef der Fremdenkolonie in Kete bei Kratje. Ich pflege meine Reisen in Afrika auszuführen, ohne Waffen bei mir zu führen. Die Wissenschaft braucht kein Blut. Friedlich habe ich mich lange Jahre hindurch in Afrika zum Schlafe niedergelegt, ohne zu fürchten, ermordet zu werden. Diese Ruhe und dieser Friede sind nun dahin. Es ist der deutschen Regierung oder einem ihrer Beamten in Togo vorbehalten gewesen, sie zu tödten, die einheimische Bevölkerung gegen mich aufzureizen und mich dadurch zu zwingen, jeden Augenblick bereit zu sein, mein Leben mit der Waffe in den Händen zu verteidigen. Will man wirklich die einheimische Bevölkerung zum Glauben führen, an der Aufhebung des Sklavenhandels, die mit der im Januar nach Salaga gerichteten Votschaft eingeleitet wird, sei ich schuldig, die Regierung würde ihn ohne meine „Anklage“ gebildet haben? Sollte eines Tages in Europa die Nachricht eintreffen, daß ich ermordet bin, dann wird die Welt wissen, wie das gekommen ist.“

Was sagt die Kolonialabtheilung, was die Reichsregierung zu dieser Anklage? Wenn sie begründet wäre, so läge ein handfester Rechtsbruch vor, der geradezu skandalös wäre und strengste Ahndung verdiente. —

**Zur Wendinger Teufelsbannung.** Was für verrottete Zustände die Wendinger Teufelsbannung, über die unsere Leser im Feuilleton unterrichtet werden, auch aufgedeckt hat, es erhebt daraus nur das Eine, daß mit geistigen Waffen der Kampf gegen Verdummung und für Aufklärung zu führen ist. Die „Kölnische Zeitung“ hat die merkwürdige Urkunde aber zu kulturkämpferischen Zwecken ausgegraben. In einem Artikel: „Einige Bemerkungen zu der Wendinger Teufelsbannung“ (Nr. 880 vom 10. Mai) schreibt sie:

„Es ist die Pflicht des Staates, darauf zu achten, daß den Richtungen, die zum Aberglauben führen, nicht nur keine Nahrung zu Theil werde, sondern daß auch alles ferngehalten werde, was sie erzeugen kann. Der kirchliche Fanatismus macht zu allem fähig, er und der Aberglaube vertragen sich ganz besonders mit der letzten Moral. Sind nun wohl die Kapuziner, die so hervorragende Leute unter sich zählen, wie den Wendinger Teufelsbann, die richtigen Seelsorger für das Volk? Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß ihnen die übrigen Franziskaner, Karmeliter, Redemptoristen, Jesuiten, im Punkte des Aberglaubens, in der Pflege des Wunderglaubens nichts nachgeben. Hoffentlich werden sich die Regierungen und Volksvertretungen von Baden, Württemberg und Hessen bedenken, bevor sie dem ultramontanen Ansturm wegen Zulassung der Klöster weichen. Es könnte nicht schaden, wenn auch die preussische Regierung sich aus Berichten unparteiischer und urtheilsfähiger Personen Kenntniß verschaffe von dem Wirken der Orden auf der Kanzel u. s. w., sie würde dann wohl mit der Zulassung von neuen Klöstern nicht neue Aysle einer schädigenden Vererbung schaffen.“

Nichts glich der Wuth, welche sich bei dieser Auflösung alsbald der liberalen Parteiführer bemächtigte. Aus dem ruhigen Besitze der Majorität im Landtage in die zweifelhaften Chancen eines neuen Wahlkampfes geworfen zu werden, war für sie ein schwerer Schlag; die „Allgemeine Zeitung“ nannte es geradezu ein frivoles Spiel, und die vielen Fortschrittsblätter und Fortschrittsblättchen des Landes nahmen dieses Stichwort auf, um es in hundertfältigen Phrasen breitzutreten. Sofort trat das Komitee der liberalen Partei zusammen und erließ im ersten Sturm der Leidenschaft einen Aufruf an die Bevölkerung des Landes, in dem sie das Volk beschwor, festzuhalten in diesen schweren Zeiten an dem Banner der Freiheit und des Fortschritts und durch die Einmüthigkeit des Zusammenstehens dem Monarchen ein unzweideutiges Zeugniß von der wahren Stimmung und Meinung des Landes vor Augen zu führen.

Vertrauensmänner der Partei aus dem ganzen Lande wurden nach der Hauptstadt eingeladen; überall Volksversammlungen ausgeföhrt, in welchen der schärfste Tadel über diesen neuen „Gewaltakt“ des Ministeriums votirt ward. Nur in der Hauptstadt vermied man es, eine Volksversammlung einzuberufen, weil man allerdings ziemliche Besorgnisse wegen der Haltung der namentlich sozialdemokratischen Partei hegte.

Aber schon die kleinen Hilfsmittel, zu denen man unter der Hand seine Zuflucht nehmen konnte, genügt, um die Stimmung der Bevölkerung als eine äußerst bedrohliche darzustellen. Die liberalen Fabrikanten entließen zahlreiche Arbeiter, welche, mit einem Male und so ganz unerwartet brotlos geworden, mit den noch immer feiernden Arbeitern aus der Findeisen'schen Fabrik die Straßen der Stadt durchzogen. Dazu sandte man bezahlte und mit Geldern versehene Agenten in alle verborgenen Winkelkneipen der Stadt, in welchen man die unfauberen Elemente der Bevölkerung zu Demonstrationen verführte, die nach und nach immer bedenklichere Formen annahmen. Ein gleiches Spiel trieb man in den Provinzen; und die Spalten der fortschrittlichen Blätter füllten sich mit Berichten über die allenthalben zu Tage tretende tiefe Gährung im Volke, welche durch das Ver-

Bei dem Kloster- und Ordenssturm mag der Liberalismus sich allein bis auf die Knochen blamieren. Wir fürchten Kutte und Tonjur nicht, sobald wir Elabogenraum, freie Presse und freies Wort haben. —

**Soldatennißhandlungen.** „Die Ruh“, um im Rowdewälch jenes frivolen preussischen Junkers zu sprechen, ist „noch nicht abgemolken“. Trotz der Erlasse, Rundschreiben und Versprechungen herrscht der Korporalstod wie zuvor. Auf einem Umwege, nämlich über Straßburg durch die „Straßburger Post“ erfährt man folgendes: „Eine Soldatennißhandlung, die in weiteren Kreisen großes Aufsehen erregt, wurde von dem Feldwebel der 1. Kompagnie des „M a n n h e i m e r Grenadierregiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 verübt. Nach der dieser Tage stattgehabten Kompagnievorstellung, welche zur höchsten Zufriedenheit des Vorgesetzten verlaufen war, hatte beim Sammeln der Rekrut Rarg von hier das Gewehr auf den Schultern. Dieser Umstand, welcher zudem völlig belanglos ist, da beim Sammeln jeder sein Gewehr tragen kann wie er will, verfehte den Feldwebel der Kompagnie in heftige Anfeuerung. Derselbe sprang mit den Worten: „Willst Du Dein Gewehr abnehmen, Du Biest“, auf Rarg zu und brachte ihm mit seinem Degen einen tiefen Stich in die Kniekehle bei, so daß der Nißhandelte infolge starken Blutverlustes ohnmächtig zusammenbrach und in das Militär Lazareth gebracht werden mußte. Vor 4 Wochen hat sich der nämliche Feldwebel schon eine ähnliche Nißhandlung zu Schulden kommen lassen, damals jedoch wurde die Sache vertuscht.“ Das patriarchalische „Du“, das angeblich seit einem halben Jahrhundert aus dem Heere verschwunden ist, scheint so munter zu geben, wie die Brutalität mancher Ramaschknöpfe. Alles blieb beim Alten. —

**„Judenkinten“.** Zu der Erklärung des „Reichs-Anzeigers“ in Sachen der Ahlwardt'schen Schrift bemerkt die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung“ (Nr. 288 vom 10. Mai): „Alle diese Angaben hätten ebenso gut unmittelbar nach dem Erscheinen der Ahlwardt'schen Schrift gemacht werden können, statt drei bis vier Wochen auf sich warten zu lassen; zum Theil berichtigten sie nebensächliche Punkte, wie die über die Lieferungsfrist oder den Preis der Gewehre, zum Theil sagen sie nur, was Ahlwardt auch sagt, so über das Material und die Kontrollbeschlüsse. Was wir wissen möchten, ist: ob die Behauptungen über grobe Unregelmäßigkeiten, Betrügereien bei dem Probefeuern, Vertauschung abgenommener Gewehre mit anderen schlechteren und ähnliche Dinge unter Konivenz bestochener Militärbeamten wahr sind. Hierüber sagt uns der „Reichs-Anzeiger“ nur, gegen die Ungeschuldigten, so weit sie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt sind, sei gerichtliche Untersuchung eingeleitet, und dem Staatsanwalt sei von der Sache Mittheilung gemacht worden mit dem Anheingeben, seinerseits die erforderlichen Schritte zu thun. Jetzt hätten wir gern gehört, daß die Untersuchung die Angaben Ahlwardt's als unwahr ergeben habe. Nicht einmal die Richtigstellungen Ahlwardt'scher Behauptungen, die von privater Seite bereits erfolgt sind, werden bestätigt, ebenso wenig erfahren wir, was an der Geschichte von den beiden verhafteten Büchsenmeistern Wahres ist. Wir hoffen, daß die Untersuchung die Angaben Ahlwardt's als Phantasien darthun wird. Inzwischen aber haben die schlimmsten und böswilligsten Vermuthungen freien Spielraum. Es wäre in der That zu wünschen, daß in solchen wichtigen Dingen der amtliche Mechanismus etwas rascher arbeitete.“ —

**Verfassungsdurchsicht in Belgien.** Der erste Schritt zum allgemeinen Wahlrecht ist gethan, die Kammer hat den berechtigten Artikel 47 der belgischen Verfassung abgelehnt, durch welchen die Wahlberechtigung nur denjenigen zuertheilt war, die 43 Frank (84,40 M.) direkte Steuern zahlten. Das war ein Jesuwahlrecht schlimmster Art und schloß die große Masse von den Wahlen zum Parlament völlig aus. Der entschiedenen, zähen Agitation unserer belgischen Genossen ist in erster Reihe dieser Erfolg geschuldet. Unser Brüsseler Bruderorgan, „Le Peuple“ (Das Volk) schreibt: „Gefallen ist endlich der verdamnte Artikel 47, welcher sich wie eine eiserne Mauer vor der Demokratie erhob. Mit ihm ist gefallen die politische Uebermacht der Bourgeoisie, und sicherlich wird kein zukünftiger Gesetzgeber es versuchen, wie bisher, die Herrschaft einer Klasse über die andere

ministerielle Partei überstimmt, ohne daß das Ministerium hierdurch Veranlassung genommen hätte, einen besonderen Schritt zu thun. Nun waren die von den Liberalen mehrfach eingebrachten Anträge auf Aufhebung der Buchergesetze von der Regierung in entgegenkommender Weise selbst vor die Kammer gebracht worden, zugleich aber in Verbindung mit einem Gesetz bezüglich Aufhebung der Schuldhast. Denn, hatte die Ministerialvorlage gemeint, soll der Staat jedem seiner Bürger die freie Verwerthung seines Besitzstandes gewähren, so muß er es auch ablehnen, sich mit den Konsequenzen dieser freien Verwerthung weiter zu befassen. Werden durch das Nehmen allzu hoher Zinsen die Schuldner zahlungsunfähig gemacht, so kann es nicht Sache des Staates sein, durch das Institut der Schuldhast, beziehentlich der Wechselhast, die Lage der Schuldner noch drückender zu machen. Der Staat thut das Aeußerste, wenn er Gesetze beibehält, nach denen der Gläubiger die gesammte Habe des Schuldners zu seiner Schadloshaltung in Anspruch nehmen kann; Gesetze, deren Härten sich in praxi häufig in einer Weise äußern, die der Menschlichkeit und folglich auch der Würde des Staates absolut entgegen sind und deshalb auch längst eine Milderung hätten unterworfen sein sollen. Was die Schuldhast anbelangt, so müßte die Regierung noch besonders den Umstand in Betracht ziehen, daß durch dieselbe, zum Schaden des Gemeinwesens und häufig kaum zum Vortheil des einzelnen Gläubigers, Staatsangehörige gänzlich erwerblos gemacht, Arbeitskräfte brach gelegt und häufig Unterstützungsbefürftigte geschaffen würden. Die Schuldhast beizubehalten und den Bucher strafflos zu erklären, hieße nicht viel mehr, als den Bucher von staatswegen begünstigen, unterstützen und sanktionieren.

Trotz dieser bündigen Auseinandersetzungen nahm die Kammer die Aufhebung der Buchergesetze fast einstimmig an, während die damit verbundene Aufhebung der Schuldhast gegen die meisten Stimmen der Konservativen und auch die des Dr. Lutz abgelehnt wurde.

Diesen Moment hielt das Ministerium für den geeigneten, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Es war eine Appellation an den Rechtsinn der Bevölkerung, von der man sich die besten Früchte versprach.

fahren des freiheitsfeindlichen Ministeriums hervorgerufen worden sei.

Allerdings sparte man weder Nähe noch Versprechungen, um auch die Führer der demokratischen Partei in diese Bewegung hineinzuziehen, aber Lange, Barth und Hauke hatten bei einer zu diesem Zwecke herbeigeführten Besprechung entschieden erklärt, daß sie das Vorgehen der Regierung in diesem Falle als durchaus recht und richtig ansehen müßten, und daß dieselbe darin volksfreundlicher gewesen wäre, als die liberale Majorität der Kammer. Umsonst suchte Raffmaus ihnen vorzustellen und einzureden, daß die Aufhebung der Schuldhast zu tief in das geschäftliche Leben einschneide, als daß sie so plötzlich und unvorbereitet könne ausgeführt werden; umsonst suchte er zu beweisen, daß das Ganze nur ein Manöver der Regierung gewesen, um durch die Verbindung dieser beiden Gesetze beide zum Falle zu bringen; die unbefangenen Führer der Demokratie erklärten dies durch und bündig, daß die Aufhebung der Schuldhast eine durchaus volksfreundliche und moralische Maßregel sei, auf welche hin sie unmdglich die Opposition gegen die Regierung verstärken dürften. Und als nun Raffmaus das Aeußerste wagte und im Namen der Partei versprach, daß sie sich zum Prinzip der Aufhebung aller und jeder Schuldhast bekennen wollte, erklärte Lange dennoch fest und entschieden: Die Regierung habe in diesem Falle auf Seiten des Volkes gestanden, während die liberale Kammer Majorität den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen habe. Die einfachste Ehrlichkeit und Rücksichten des Anstandes müßten deshalb die Demokratie veranlassen, wenigstens nicht feindlich in einem solchen Falle gegen die Regierung aufzutreten. Die Sache stünde allerdings nicht so, daß sie mit den Konservativen ein Bündniß eingehen könnten, aber sie würden, den Umständen gemäß, in die Wahlkämpfe selbstständig eingreifen, um Leute ihrer Partei in die Kammer zu bringen.

Das war es nun freilich nicht, was Raffmaus wollte, er beschloß deshalb, diese Demokraten bei Seite zu lassen und im Verein mit seinen Leuten allein die energischsten Anstrengungen zu machen.

(Fortsetzung folgt.)



wieder herzustellen." Gefährlich ist die Aenderung des § 2, wonach dem König nicht nur das Recht der Kammer-Auflösung, sondern auch das Recht, das Volk anzurufen, das heißt die gesammte Wählererschaft über ein strittiges Gesetz zu befragen, fortan gewährt werden soll. Tritt hier nicht die Arbeiterschaft zur rechten Stunde ein, so hat Belgien das napoleonische Plebiszit, diesen gemeingefährlichen Dummzug des Dezembermannes, in handlicher Taschenausgabe, und das könnte böse Früchte tragen. Das Ideal konstitutioneller Regierung, Leopold, ist der Bourgeoiskönig vom reinen Wasser. —

**Kosten der Dynamitkomödie.** Im französischen Ministerrath wurde ein Nachtragskredit festgestellt zur Entschädigung der Besitzer und Mieter der durch Dynamit zerstörten Häuser auf dem Boulevard St. Germain, in der Rue Cligny und auf dem Boulevard Magenta. Die Wittve und die Tochter des verstorbenen Berg sollen eine Staatsrente erhalten. —

**Ein Mißverständnis.** Die bösen „Mißverständnisse“ spielen im politischen Leben eine bedeutende Rolle. Es war ein „Mißverständnis“, als 1848 auf das Berliner Volk geschossen wurde, und es ist, wenn es erlaubt ist, Großes mit mikroskopisch Kleinstem zu vergleichen, ein Mißverständnis, daß der Name des Ex-Ministers und ehemaligen Ministers Yves Guypot auf die Mitgliederliste des famosen „Antisozialisten-Bundes“ gerathen ist. Er erklärt feierlich seinen Austritt in einem an den Generalsekretär des Vereins gerichteten Brief. Nach seiner Darstellung hätte die Veröffentlichung seines Namens in der Liste auf einem Mißverständnis beruht. Wie glaubhaft diese Fiktion ist, erweist ein niedlicher Umstand. Die Zeitung „Sicdele“ („Das Jahrhundert“), deren Direktor Herr Yves Guypot ist, feierte am 8. Mai das antisozialistische Konventikel an hervorragender Stelle und führte in dem Verzeichniß den Namen des Herrn Yves Guypot mit der Bezeichnung: Abgeordneter, Direktor des „Sicdele“, auf. Die wahre Ursache des Mißverständnisses ist die Furcht vor den nächsten Wahlen. Renegat Guypot ist Abgeordneter des 1. Pariser Arrondissements, wurde auf ein zu drei Vierteln sozialistisches Programm gewählt und weiß, daß die Wähler des vierten Viertels nicht mit sich spaßen lassen. Hoffentlich wird die Welterfahrung-Politik dem Biedermann nichts nützen, und er erhält das nächste Mal den Laufpaß. —

**Noch ein Opfer des „Vitalins“.** Nicht bloß der russische Polizeiminister Dresse, der am 11. Mai gestorben ist, auch andere zarische Würdenträger sind angeblich ein Opfer jenes wunderbaren Mittels, das im Gebiet der Heilkunde und der Chemie bis heute durchaus unbekannt ist, des „Vitalins“ geworden. „Vitalin“ bedeutet etwa Lebensarznei. Nach der „Petersburger Zeitung“ starb vor einigen Tagen der dem Großfürsten Michail Nikolajewitsch attachirte Generalmajor Karl Baranow infolge Blutvergiftung durch eine Spritze, mit welcher derselbe sich subkutane Vitalin-Einspritzungen machen ließ. Wie mehrere Blätter melden, wären die Vitalinvorräthe des Erfinders desselben, Gatschowsky, konfisziert worden. Ist dies „Vitalin“ ein Spezifikum zarischer Apothekerkunst?

**Eine neue russische Mißernte in Sicht?** Fürst Meshcherskiy theilt in der von ihm redigirten „Tageschronik“ (Dnewnik) des Grafen Danin mit, er habe aus mehreren der sieben russischen Reichs-Gouvernements Meldungen erhalten, welche die Ernte-Aussichten auch für das laufende Jahr in sehr trübem Lichte erscheinen lassen. —

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

62. Sitzung vom 12. Mai 11 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth, von Verlepsch und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Einführung der Landgemeinde-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie in der Provinz Schleswig-Holstein.

Der Referent, Abg. Jürgensen, weist darauf hin, daß die von der Kommission beschlossenen Aenderungen meist nur redaktioneller und sonst unbedeutlicher Natur seien.

Abg. Graf Limburg-Stirum erklärt, daß seine Freunde gegen die Landgemeinde-Ordnung gestimmt hätten; da dieselbe aber Gesetz sei, so wollten sie sich an der Debatte über die Vorlage nicht weiter betheiligen. Sie bedauern, daß eine Ausdehnung der Landgemeinde-Ordnung bereits jetzt geplant werde, ehe das neue Kommunalsteuer-Gesetz fertig gestellt sei. Redner richtet an den Minister die Frage, ob die Landgemeinde-Ordnung auch auf andere Provinzen, z. B. auf Hannover, ausgedehnt werden solle.

Minister Herrfurth erklärt, daß die Landgemeinden besetzt 1877, bis zu welchem Zeitpunkt das neue Kommunalsteuer-Gesetz festgesetzt sein würde, so daß eine Belastung der Gemeinden durch die Umwandlung der Steuerverhältnisse nicht eintreten werde. Die Ausdehnung der Landgemeinde-Ordnung sei zunächst für Hessen-Rhassau in Aussicht genommen. Im übrigen wird die Vorlage ohne Debatte genehmigt und nur im § 117 auf Antrag des Abg. Ctiens neben dem Worte „Ordnung“ das Wort „Gemeindestatut“ eingefügt, womit der Minister Herrfurth sich einverstanden erklärt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Aenderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Vergesetzes vom 24. Juni 1866.

In der Generaldebatte bedauert

Abg. Szynula (Z.), daß man in der zweiten Lesung die vom Zentrum beantragte Resolution wegen Untersuchung der Arbeiterverhältnisse abgelehnt habe. Man habe eine solche Untersuchung für unnötig erklärt, weil man der Regierung Vertrauen schenke, daß sie die Arbeiterverhältnisse im Auge behalten werde. Aber er kann dieses Vertrauen nicht theilen, da noch vielfach Arbeiter seitens von 14 Stunden in den Bergwerken vorlämen. Die Arbeiter ständen noch vielfach auf dem Boden des Christenthums. So bestände in Oberösterreich ein christlicher Arbeiterverein, der aus den Beiträgen seiner Mitglieder 8 Kirchen gebaut habe. Diese Bestimmung der Arbeiter müsse erhalten werden; das sei aber bei dem heutigen Verhältnisse der Arbeiter seitens der Verwaltungen nur schwer möglich.

Abg. Schulz-Vochum (nt.) wendet sich gegen den vom Zentrum in zweiter Lesung beantragten Normal- oder Maximal-Arbeitszeit und lehnt es ab, daß der Bergbau zum Verzicht auf soziale Fragen gemacht werde. Gerade der Bergbau verdient am allerwenigsten den Vorwurf, daß er die Interessen seiner Arbeiter nicht berücksichtige. Redner verweist auf die Leistung der Knappschaftskassen für ihre invaliden Arbeiter, für deren Wittwen und Waisen.

Abg. Dasbach (Z.): Die nationalliberale Presse, z. B. die „Kölnische Zeitung“ hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir

durch unsere Anträge nur die Arbeiter für die Wahlen aufheben wollen. (Jurus rechtis: Sehr richtig!) Wer einen solchen Vorwurf macht, spricht benützt die Unwahrheit. (Zustimmung im Zentrum.) Bedauerlich sei die Ablehnung der Anträge des Zentrums, die dasselbe zum Schutze der Arbeiter gestellt habe, so über die schriftliche Befundung der Bedingnisse u. s. w. Wenn gesagt werde, die Arbeiter würden eine lange Arbeitsordnung mit vielen Einzelbestimmungen nicht lesen, so müßte es das bestritten. Die Arbeiter würden solche wichtige Bestimmungen auswendig lernen. Die Mitglieder des Zentrums haben niemals die Arbeiter aufgehört, sondern sind immer den Aushengungen der Sozialdemokraten entgegengetreten. Der Abg. Wällesien ist, als er in den Reichstag gewählt werden sollte, in seinen Konzeptionen an die Arbeiter viel weiter gegangen als wir bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit, des Wagnennulles u. s. w. Wenn eine Beurlaubung unter den Arbeitern entsteht infolge dieses Gesetzes, so können wir die Schuld daran ablehnen.

Abg. Ritter (st.) empfiehlt die Aufrechterhaltung der Beschlüsse zweiter Lesung unter Annahme der vom Abg. Engels eingebrachten, zum Theil redaktionellen Abänderungsanträge. Wenn ihm von einigen Herren aus dem Zentrum privatim der Vorwurf gemacht sei, daß er im Reichstag sich anders verhalten habe, so sei der Vorwurf unberechtigt; denn er habe sich im Abgeordnetenhause entgegenkommender bewiesen als im Reichstag. Er wolle den Arbeitern entgegenkommen, aber auch die Autorität aufrecht erhalten, die von Redakteuren des Zentrums vielfach untergraben sei. Nicht bloß die Sigl und Gen. beurlauben die Vergleite, sondern auch die Priester des Friedens thun das Gegenheil ihrer Schuldigkeit und Herr Stöbel schließt sich ihnen an. Viele Leute fühlten sich erst unglücklich, wenn man ihnen sagt, daß sie unglücklich sind. Die Herren vom Zentrum sind sehr herrschsüchtig. Sie möchten die Mittelparteien zerreiben, so daß nur die Extreme übrig bleiben. Ich glaube, es gilt auch hier: Hochmuth kommt vor dem Fall. Das Zentrum hegt die Arbeiter auf; Redner beruht sich auf die Zentrumsblätter und verwirft die Anträge des Zentrums, welche lediglich zur Beurlaubung der Arbeiter dienen.

Abg. v. Szarinski (Pole): Die Vorlage hat in der zweiten Beratung eine erhebliche Verschlechterung erhalten, die unbedingt eine große Unzufriedenheit der Arbeiter hervorrufen wird. Man hätte den Arbeitern solche Schutzbestimmungen gar nicht erst in Aussicht stellen sollen, wenn man sie nachher fallen läßt.

Abg. v. Bockelberg (L.): Das Zentrum geht in seinen Ansprüchen zu weit. Der Staat muß auf die Arbeiter Rücksicht nehmen, aber nur in dem Maße, wie es die Industrie vertragen kann. In sozialen Verhältnissen kann der Staat nur helfen, soweit er die Wirkung seiner Medizin genau übersehen kann. Deshalb gelte es hier Maß halten. Die Konservativen würden die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrecht erhalten, bis auf einige Verbesserungen formeller Natur und bis auf einige Anträge des Abg. Engels.

Minister v. Verlepsch: In der Presse und in Berathungen ist der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht mit Entschiedenheit ihre Vorlage aufrecht erhalten habe. Die Regierungsvorlage ist meist unverändert angenommen, soweit es sich um die Aenderungen handelt, welche nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung erforderlich waren. Besonders ist auch angenommen worden die Ausdehnung der Befugnisse der Bergrevier-Beamten. Aber auch in Bezug auf die materiellen Aenderungen der Kommission in der zweiten Lesung liegt kein wesentlicher Unterschied gegen die Regierungsvorlage vor. Mit den Beschlüssen des Hauses in der zweiten Lesung wird in der Praxis genau dasselbe erreicht werden können, wie mit der Regierungsvorlage. Dies gilt namentlich von der Fassung des Art. V der zweiten Lesung, betr. die Einschränkung der Arbeitszeit. Es wird auch mit dieser Bestimmung einer übermäßigen Ausnutzung der Gesundheit der Bergarbeiter durch eine zu große Ausdehnung der Arbeitszeit wirksam entgegengetreten werden können. Mit dem Falllassen des Art. VII (Schließung der Bergwerke seitens der Revierbeamten bis zur Herstellung geordneter Zustände) haben wir uns einverstanden erklärt, weil sämtliche Parteien der Ueberzeugung sind, daß schon jetzt im Vergesetz die nöthigen Befugnisse der Exekution gegeben sind. Nur bezüglich der §§ 80 d und 80 k, betreffend die Fördergesetze und die Verwendung der Strafgeleider, ist ein erheblicher Unterschied vorhanden. Ich bedauere allerdings, daß § 80 k in der Fassung der Regierungsvorlage nicht angenommen worden ist, und ich würde wünschen, daß noch in dritter Lesung der Vorschlag des Zentrums zu dem § 80 k angenommen würde. Andererseits muß zugegeben werden, daß auch in dem Kommissionsbeschluss ein Fortschritt gegen den jetzigen Zustand vorliegt. Es würden damit die Unklarheiten der Bedingstellung auf der Welt geschafft, wenn auf jedem Wagen angezigt werden muß, welchen Inhalt er hat. Bei dem § 80 d liegt die Sache anders. Ich bedauere lebhaft, daß die Bestimmung, betreffend die obligatorische Mittheilung der Arbeiter bei der Verwendung der Strafgeleider, hier keine Annahme gefunden hat. Ich beklage das nicht, weil ich glaube, daß irgend welche Unregelmäßigkeiten vorkommen — nein, ich will sogar zugeben, es ist nicht unmöglich, daß die praktische Verwaltung der Unterstütskassen, wenn die Arbeiter einseitig hineingezogen werden, an manchen Stellen weniger gut funktioniert als vorher — aber es wird jedes Mißtrauen absolut beseitigt, wenn die Arbeiterschaft bei der Verwaltung dieser Kassen betheiltigt wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Ausnahme dieser Bestimmung ist um so unbedenklicher, als bei einem großen Theil unserer Gruben Unterstütskassen bestehen, bei denen die Arbeiter bereits mitwirken. In Summa kann ich also sagen, es sind wirklich keine großen Dinge, die hier geändert sind, und ich verstehe deshalb den Vorwurf nicht, daß die Regierung ihren Standpunkt geändert habe und daß unkontrollirbare Rathgeber eine Rolle gespielt haben. Ich hoffe, daß in nicht zu langer Zeit die günstigen Wirkungen dieses Gesetzes erheblich gesteigert werden, wenn es uns gelingt, in den großen Bergwerksbezirken Bergwerks-Gewerbetreibende einzuführen. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre die Vorarbeiten dazu beendet sein werden. Es würde damit eine schnelle, auf allen Seiten Vertrauen erweckende Rechtsprechung erreicht werden, indem Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsam ihre Streitigkeiten schlichten. Wir werden aber auch eine gesetzliche Vertretung des Arbeiterstandes haben, deren Organe gemeinsam mit den Arbeitgebern und Behörden über die ihnen naheliegenden Interessen zu entscheiden haben; wir werden endlich darin auch eine Instanz haben, welche die Funktionen eines Einigungsamtes im Falle eines Streites zu übernehmen in der Lage ist. Wenn eine Mißstimmung unter den Arbeitern wirklich entstanden sein sollte, so kann das nur bezüglich des Achtstundentags sein. Ich bestreite aber, daß die Bergarbeiter überall den Achtstundentag wollen. Viele Bergwerke sind so schlecht gestellt, daß sie bei einem achtstündigen Arbeitstag überhaupt nicht weiter bestehen könnten, zum Beispiel die Staatsbergwerke im Harz. Der Achtstundentag ist eine durchaus neue Forderung der Bergarbeiter, die überall zufrieden waren mit der neunstündigen Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt. Die Hauptsache war wohl auch die Einführung eines Normal-Arbeitslohnes für den Maximal-Arbeitszeit von acht Stunden. Mit dieser sozialistischen Forderung haben aber die Parteien dieses Hauses sich niemals einverstanden erklärt. Deshalb können die Arbeiter keine Enttäuschung erlebt haben, wenn der Antrag des Zentrums abgelehnt worden ist. Ich kann nur auf den Reichstag verweisen. Dort hat die Fünfmannen-Kommission, die man vielfach die Verschlechterungs-Kommission genannt hat, dafür gesorgt, daß die Gewerbe-Ordnung in einer Form angenommen wurde, welche eine möglichst große Mehrzahl auf sich vereinigte. Mancher Wunsch wurde dabei unterdrückt. Wenn auch hier das Vergesetz mit möglichst großer Mehrheit angenommen würde, so würde das einen guten Eindruck auf das Herrenhaus und demnach auf die Arbeiter machen und die Autorität dieses Gesetzes wesentlich stärken. (Beifall rechts.)

Abg. Sijze (Z.): Der Vergleich mit dem Reichstag paßt nicht; denn dort haben alle Parteien verhandelt, hier haben aber die Mehrheitsparteien vorher verhandelt und das Zentrum ist vernachlässigt worden, eine solche Behandlung ist dem Zentrum noch niemals zu Theil geworden, trotzdem es verhältnismäßig bescheidene Forderungen aufstellte. Wer behauptet, daß das Zentrum seine Anträge nur der Hege wegen eingebracht, mit dem sie nicht mehr zu reden. (Zustimmung im Zentrum.) Die Bergwerksbesitzer sehen in Allem eine künstliche Macht. Als 100 000 Bergarbeiter sich einmüthig gegen die Aushengungen erhoben, war das eine künstliche Macht? Freilich die Herren sehen in Allem, auch in dieser Vorlage, ein Beurlaubungs-Gesetz. Aber daran würde das Zentrum sich nicht lehnen. Unsere Anträge mögen heute abgelehnt werden, aber sie werden zu anderer Zeit wieder aufleben. Schon in den siebziger Jahren brachte Herr von Schorlemer-Alst die Beschwerden der Bergarbeiter vor zum großen Aerger der Mehrheitsparteien. Hätte man sich damals der Vergleite angenommen, so wäre der ganze Bergarbeiter-Ausstand wohl vermieden worden.

Abg. Szynula (Z.) weist darauf hin, daß Arbeiter aus Oberösterreich sich an die Bergbehörden gewandt hätten um Verklärung der Arbeitszeit; sie haben aber bisher überhaupt noch keine Antwort erhalten. Das sei nicht geeignet, die Zufriedenheit der Arbeiter hervorzurufen.

Abg. Lieber (Z.) hält es für ganz begreiflich, daß nicht bloß innerhalb, sondern auch außerhalb des Hauses sich ein neuer Kurs herausgebildet hat. Die arbeitervreundlichen Anträge der Zentrumsparthei sind abgelehnt worden, die Regierung hat nichts dazu gethan, den Anträgen zum Siege zu verhelfen, trotzdem sie sich in Uebereinstimmung mit der Novelle zur Reichs-Gewerbe-Ordnung befinden. Wenn beim Namenkauf, wo es sich um die Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage handelt, die beiden Minister, welche Mitglieder des Hauses sind, unentschuldig fehlen, so scheint mir die Regierung selbst auf ihre Vorlage nicht mehr erheblichen Werth zu legen. Die Regierung scheint ja recht gewandt zu sein, Beschlüsse des Hauses, welche an die Stelle ihrer Vorlage getreten sind, mit größerer Wärme zu verteidigen als ihre Vorlage. Wir werden uns das für andere Vorlagen merken. Bei dieser Vorlage sind nicht alle Parteien zusammengefaßt worden, sondern es ist geradezu eine Verweigerung der Partei eingetreten, welche im Reichstag zu den Trägern der Arbeiterschutz-Gesetzgebung gehört hat. Die schlimmste Hege hat heute Herr Ritter gehalten, der dabei vergessen zu haben scheint, daß die Arbeiterschutz-Gesetzgebung beruht auf einem Erlaß des Kaisers. Herr Ritter hat dem Zentrum Herrschaft vorgeworfen, während er ein Vertreter der Partei ist, die am allerlebensmitgearbeitet beim Arbeiterschutz, den das Zentrum zuerst vertreten hat. Freilich, die eigentlichen Bergwerksbesitzer nehmen mehr Rücksicht auf ihre Arbeiter als diejenigen Personen, welche als Direktoren von Aktiengesellschaften u. s. w. im Bergbau thätig sind. Das Zentrum ist Anwalt des schwächeren Theils und wird sich durch Herrn Ritter darin nicht irre machen lassen. Wir bedauern, daß wir uns dabei der Mitwirkung der Partei nicht mehr erfreuen, mit welcher wir im Reichstag dabei zusammengegangen sind. Wir haben doch keine unbescheidene Forderungen gestellt und haben namentlich für die dritte Lesung manche Forderung fallen lassen. Ich bedauere es besonders, daß das Wagnennull nicht gesetzlich beseitigt wird, wie das in der englischen Gesetzgebung geschehen ist, ohne Schaden für den Bergbau. Aber die Sachverständigen bei uns wollen davon nichts wissen. Den Vorwurf der Herrschaft werden wir am besten dadurch widerlegen, daß wir schließlich trotz Ablehnung aller unserer Anträge für das Gesetz stimmen, denn wir wollen der Sache dienen und wollen auch Opfer bringen. Nur wer alle berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt hat, hat das Recht über Agitation zu sprechen. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Die Stellung der Parteien wird hier etwas übertrieben geschildert. Es handelt sich bei den Parteien nicht um Großmächte, die einen Zweibund oder Dreibund schließen. Es handelt sich hier nicht um grundsätzliche Fragen, sondern um praktische Fragen (Widerpruch im Zentrum). Wir hätten die Vorlage angenommen, gleichviel ob die Anträge des Zentrums oder anderer Parteien angenommen wurden. Es müssen hier die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber gegen einander abgemogen werden. Wenn sich herausstellt, daß die Sache nicht richtig geordnet ist, so hat die Regierung Befugnisse, Aenderungen sofort herbeizuführen, oder sie können im Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden. Deshalb glaube ich, daß die Sache nicht so bedenklich ist.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Ritter schließt die Generaldebatte.

In der Spezialberatung liegt zum § 80a, welcher über den Inhalt der Arbeitsordnungen Bestimmungen trifft, ein Antrag des Abg. Engels (L.) vor, wonach die Art. 2 dahin geändert werden soll, daß die Arbeitsordnung Vorschriften enthalten soll über die Beurkundung des abgeschlossenen Bedinges u. d. die Bekanntmachung an die Betheiligten. (In den Beschlüssen der zweiten Lesung heißt es „oder“.) Das Zentrum (Sijze und Genossen) beantragt, hinzuzufügen, daß Bedinge, welche länger als 14 Tage dauern, durch Aushengungen oder Abschrift bekannt gemacht werden müssen.

Abg. Engels empfiehlt seinen Antrag, den auch die Abgg. Sijze und Dasbach mit dem vom Zentrum beantragten Zusatz empfehlen.

Abg. Schmieding erklärt, daß er zwar für den Antrag Engels, aber gegen den Antrag Sijze stimmen würde.

Art. 2 wird mit dem Antrag Engels unter Ablehnung des Antrages Sijze, für welchen Zentrum, Freisinn und Polen stimmen, angenommen.

Bei Art. 3 bedauert Abg. Dasbach, daß man nicht ein Verbot des Wagnennulles in die Vorlage aufgenommen habe. Es sei ausreichend, wenn für das Fehlen einer Menge am Gewicht oder für Beimengung von Gestein zur Kohle ein Abzug des Doppelten der fehlenden Menge statfinde; aber die Streichung des ganzen Wagens sei eine zu schwere Strafe dafür.

Abg. Schulz-Vochum weist darauf hin, daß in England das Nullen auch nicht abgeschafft sei und nicht abgeschafft werden könne.

Abg. Lieber verweist auf Professor Brentano, welcher behauptet, daß das Nullen in England verschwunden sei.

Minister Verlepsch erklärt, daß das Nullen in England gesetzlich zulässig sei, aber wenig vorkomme, weil die englischen Kohlen reiner seien als die deutschen.

Art. 6 wird angenommen, ebenso die übrigen Vorschriften über den Inhalt der Arbeitsordnung.

Nach dem Beschluß der zweiten Lesung zu § 80d sollten die Strafgeleider nur an die besonderen Unterstütskassen der Bergwerke abgeführt werden; die Bestimmung, daß sie an die Knappschaftskassen gezahlt werden sollten, war auf den Antrag Ham-machers getrichen.

Abg. Engels (st.) beantragt die Gelder an die Knappschaftskassen oder an die Knappschafts-Krankenkassen zu zahlen.

Abg. Sijze will die Strafgeleider an die Unterstütskassen der Werke fließen lassen, wenn sie nicht bei der Auslösung zur Vertheilung an die gesammte Belegschaft der Grube gelangen; sollen sie an die Knappschaftskasse gezahlt werden, so sollen die Beiträge der Arbeiter entsprechend ermäßigt werden.

Abg. Engels empfiehlt die Aushebung des in zweiter Lesung gefaßten Beschlusses, weil dadurch wiederum ein Stück des Baues der alten Knappschaftskassen abgebrochen würde.

Abg. Schulz-Vochum spricht sich gegen den Antrag Sijze aus, weil die Vertheilung der Strafgeleider nach der Höhe des Lohnes eine ungerechte Maßregel wäre.

§ 80d wird mit dem Antrage Engels angenommen, unverändert werden die §§ 80 e bis 80 i genehmigt und darauf die weitere Beratung um 4 Uhr bis Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem dritte Beratung des Sekundärbahn-Gesetzes und einiger kleineren Vorlagen.



Für den Inhalt der Inserate über-  
nimmt die Redaktion dem Publikum  
gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 18. Mai.  
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen.  
Schauspielhaus. Die Weisheit  
Salomo's.  
Berliner Theater. Ariel Kostra.  
Festung-Theater. Die Großstadtluft.  
Wallner-Theater. Ehrliche Arbeit.  
Besideny-Theater. Der kleine  
Schwerenöcher.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Das Sonntagskind.  
Thomas-Theater. Die Mänen.  
Adolph Ernst-Theater. Fräulein  
Feldweibel.  
Sallealliance-Theater. Der Günst-  
ling.  
Kroll's Theater. Jar und Zimmer-  
mann.  
Ostend-Theater. Don Carlos.  
Festpalast. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebrüder Richter's Variété. Spe-  
zialitäten-Vorstellung.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-  
stellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
American-Theater. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spe-  
zialitäten-Vorstellung.

## Castan's Panoptikum.

Friedrichstraße 165a,  
Ede Behrenstraße.  
Riesin und  
Buppen-See  
**Aama,**  
16 J. alt, 9 F. groß.

**Prinzess Pauline,**  
16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-  
Panopticum.**  
Mann  
mit Steinkopf  
und  
Pigmy  
v. Stanley-Zwergvolk.  
10-1 5-9 Uhr.

**Gratweil'sche  
Bierhallen**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich:  
**Konzert**  
mit humoristisch. Vorträgen.  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch  
sowie 6 Billards, 3 Regel-  
bahnen und 2 Säle.  
F. Sodtke.

**Moabiter Gesellschaftshaus,**  
Alt-Moabit 80/81.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater  
und Spezialitäten.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.  
2299L. **Hellmuth Peters.**

**Welt-Restaurant**  
Dresdenerstr. 97.  
Heute und folgende Tage:  
Auftreten der  
1. bayr. Jodler, Konzertsänger  
und Schuhplattler-Gesellschaft  
**M. Jacob Damhofer.**  
Erste Abtheilung der Koschat'schen  
Sänger, unter Protection des k. l.  
Kammersängers und Komponisten Hrn.  
**Thomas Koschat.**  
Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr, Entr. 15 Pfg.  
Sonntags 6 Uhr, Entree 30 Pfg.

Allen Genossen und Bekannten  
empfehle mein  
**Weiß- u. Pilsener-Bier-Lokal.**  
Angenehmer Aufenthalt f. Protokollarier.  
**W. Thierbach,**  
Friedrichsgracht Nr. 16,  
an der Hof-Brücke.  
**Maitrank,** täglich frisch,  
Flasche 80 Pfg.  
**Franz Beyer,**  
2408L] Chausseestr. 103.

## Achtung!

### Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.

Sonntag, den 15. Mai 1892, Vormittags 10 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in Deigmüller's Lokal, Alte Jakob-Straße Nr. 48a.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung des Referendats. 2. Neuwahl des gesamten Vor-  
standes. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht, in dieser Versammlung zahlreich  
und pünktlich zu erscheinen. [280/18] **D r Vorstand.**

### Interessenverein der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 15. Mai, in Joël's Festsaal, Andreasstraße 21:  
**I. Stiftungsfest**  
verbunden mit **Gr. Instrumental-Konzert,**  
ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Berufsmusiker.  
**Humorist. Vorträge, Lebende Bilder, Festrede, Prolog.**  
Eröffnung 5 Uhr. Programme an der Kontrolle gratis. Anfang 6 Uhr.  
Herrn-Billet 50 Pf. **Cañy frei!** Damen-Billet 30 Pf.  
Freunde und Genossen sind hierzu freundlichst eingeladen.  
127/12 **Der Vorstand.**

## Achtung Lackierer!

Sonntag, 14. Mai, in Haase's Salon, Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Grosse Feier**  
des 6jährigen Bestehens der Organisation der Lackierer  
verbunden mit  
**Konzert, Gesang und Vorträgen.**  
Anfang Abends 8 Uhr.  
Alle Kollegen und Gäste sind freundlichst eingeladen. Billets sind im  
Arbeitsnachweis Breslauerstraße 27 und in allen bekannten Lokalen zu haben.  
214/18 **Der Vorstand.**

## Tischler.

Große öffentliche Versammlung  
am Montag, den 16. Mai, Abends 8 Uhr,  
im großen Saale des Böhmisches Brauhauses,  
Landsberger Allee II-13.  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Tischler Berlins zu  
der von den vereinigten Holzindustriellen und der Tischler-Zunft  
aufgestellten „Fabriks- resp. Werkstattordnung“. Referent:  
**Th. Glocke.** 2. Diskussion. Event. Wahl eines Vertrauensmannes und  
Streik-Kontrollkommissions-Mitgliedes.  
Kollegen, das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer sollte  
Jeden von Euch veranlassen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
363/13 **Der Einberufer.**

### Tischler-Verein.

Sonntag, den 14. Mai, Abends 9 Uhr, bei Stehmann, Melchiorstraße 15:  
**Berammlung.**  
Sonntag, den 15. Mai: Herrenpartie nach der Pfaueninsel, Ab-  
fahrt vom Potsdamer Bahnhof früh 7 Uhr 40 Minuten. 363/12

## Genossenschafts-Bäckerei.

Durch den übergroßen Andrang sind wir gezwungen, den Verkauf an  
Händler auf kurze Zeit einzustellen und nur einzeln Brot zu verkaufen, und nur  
unsere Wagen sollen den Wiederverkäufern das Brot in's Haus bringen. Auch  
bitten wir die Arbeiterschaft mit uns Rücksicht zu üben; wir werden in kurzer  
Zeit mit drei Oefen mehr in Thätigkeit treten. **Der Vorstand.**

**Keine gypste oder weisse Wein- u. Schmeckende  
gemachte u. g. vorbestellte „Weine“ mehr, sondern,  
bitte, verlangen Sie Uoberall das  
billigste, gesündeste und (auch Trauben)  
roin schmeckende  
**National-Getränk**  
**Oswald Nier's**  
Eingepreßte reines Franz. Weine (Natur)  
von **25 Pf. pro 1/4 Liter** an  
(Jede Flasche muss mit meinem Namenszettel plombirt oder  
No. 22. verlackt sein, sonst untauglich!)**

In meinem  
**Hauptgeschäft**  
nebst **grösster Wein-  
stube** und renommiertem  
Restaurant gebe ich, um das  
Trinken meiner  
Weine immer populärer zu  
machen:  
**Gr. Mittagstisch**  
à la Palais Royal, à Portion  
10, 15, 25 und 35 Pf. und  
ausserdem: feine Djeuners,  
Diners und Soupers à prix  
fixe von Mk. 1,50 an oder  
à la Carte zuivilen Preisen.  
Leipzigerstr. 119-120,  
BERLIN W.

**Hüte**  
Gegr. 1876.  
mit Kontrollmarken aus der Ge-  
nossenschafts-Darfbr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 Mk.  
Cylinder eigener Fabrikation  
zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 Mk., empfiehlt  
**Paul Drenske Nachf.,**  
Oranien-  
str. 172.

## Casseler ohne Knochen, à Pfd. 75 Pf.

Auch in einzelnen Pfunden. 2982L  
**F. Nietsch,** Schlächtermeister, Friedrichstr. 245,  
Wilhelmstr. 109, 110.

Elegante  
**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen  
empfiehlt  
**Julius Lindenbaum,**  
Berlin O., Frankfurterstrasse 139.  
Spezialität: Anfertigung nach Maass.  
Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.  
2198L

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

(Eing. Hilfskaffe Nr. 8, Hamburg.) Filiale Berlin O.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Montag, den 16. Mai, Abends 8 Uhr, im Viktoria-Saal, Perlebergerstr. 13.  
Tages-Ordnung:  
1. Statutenberathung zu der am 6. Juni in Halle a. S. fortgesetzten  
Generalversammlung. 2. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung halber  
ist jedes Mitglied verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.  
2942b **Die Ortsverwaltung.**

## Achtung Bürstenmacher!

Sonntag, den 15. Mai, Vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Versammlung der Filiale Berlin**  
im Saale des Herrn Rehlitz, Bergstraße Nr. 12.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen,  
zu erscheinen. 97/2  
**Der Vorstand. J. A.: Rich. Jaede.**

## Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 15. Mai, Vormittags 11 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in Scheffer's Salon, Insel-Straße Nr. 10.  
Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheit, Besprechung über unser Stiftungsfest. 2. Ver-  
schiedenes und Fragelasten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
472/2 **Der Vorstand.**  
NB. Die Sachkommissions-Mitglieder des Vereins werden gebeten,  
zur Stelle zu sein, event. ihre Adressen beim Vorstand anzugeben. D. D.

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn  
Rehlitz, Bergstraße Nr. 12:  
**Versammlung der Eisen- u. Metalldreher  
sowie Hobler, Stoßer und Bohrer.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Lütgenau.** 2. Diskussion. 3. Vorträge  
des von der Sachkommission entworfenen Fragebogens. 4. Vereinsangelegen-  
heiten und Fragen. 5. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.  
Pflicht eines jeden Kollegen muß es sein, für den größten Besuch dieser  
Versammlung zu agitiren. Gäste sind willkommen. 390/18  
**Der Vorstand.**

## Achtung! Tischhuharbeiter!

Große öffentliche Versammlung  
der Tischhuharbeiter und  
-Arbeiterinnen  
am 16. Mai, Abends 8 Uhr,  
bei Hensel, Invalidenstrasse Nr. 1.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ver-  
schiedenes. 184/18  
Zur Deckung der Unkosten findet  
Teilerfassung statt.  
**Die Agitationskommission.**  
J. A.: Paul Böber, Brunnenstr. 116b.

## Todes-Anzeige!

**Kranken- und Sterbekasse der  
Berliner Hausdiener**  
(Eingeschriebene Hilfskaffe Nr. 61.)  
Unseren Mitgliedern zur Kenntniss,  
daß unser Kollege  
**Julius Hauschert**  
gestorben ist. Die Beerdigung findet  
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofs  
in Rixdorf aus statt. 2968b  
**Der Vorstand: J. Behler.**

## Dankfagung.

Allen Freunden u. Bekannten, welche  
meiner einzigen lieben Tochter **Anna**  
die letzte Ehre erwiesen, sowie Herrn  
Superintendent Geier für die trost-  
reichen Worte am Grabe und dem Herrn  
Rektor Bräuning nebst Schule für die  
freundliche Spendung von Kränzen (sage  
ich hiermit meinen innigsten Dank).  
Der tiefbetrübte Vater  
2975b **Heinrich Irrgang.**

## Dankfagung.

Für die Beweise der Liebe u. Theil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, des Steinmetz **Karl  
Behel,** sage ich allen Kollegen und  
Freunden meinen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Wwe. **Ernestine Behel**  
nebst Kindern. 2966b

**Steppdecken!!**  
größte Auswahl!! am billigsten  
in **Emil Leffvre's Fabrik,**  
Berlin, Oranienstr. 159. [1890L  
1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen  
reinen. **Flecken**  
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
**Werth das Doppelte!!**  
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

**Nordhäuser** . . . Liter 65 Pf.  
Getr.-Kümmel . . . 65 . . .

## Franz Beyer,

Chaussee-Str. 103.  
Nachtigallen, schlafend 6,00, Stare  
1,50, junge Raben 1,00 Mk., sowie alle  
Arten Singvögel. **Schulle,** Inva-  
lidenstraße 7. 2979b

## Brauerei Gambrinus,

**Action-Gesellschaft,  
Charlottenburg**  
liefert von heute ab:  
**Gambrinus-Versandbier**  
die Tonne mit 23 Mark.  
Bestellungen werden von der unter-  
zeichneten Brauerei, sowie deren Bier-  
fahrern entgegengenommen.  
**Brauerei Gambrinus,**  
2411L] Action-Gesellschaft,  
**Charlottenburg.**  
Fernspr. - Anschluß Nr. 27.

## Achtung!

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse  
der Metallarbeiter**  
(E. S. 29 und 89 Hamburg.)  
**Große Versammlung**  
sämtlicher Mitglieder der  
filialen Berlins und Umgegend  
Sonntag, den 15. Mai,  
Vormittags 10 Uhr,  
im großen Saale des Herrn Joël,  
Andreasstr. 21.  
1. Ist es notwendig, daß unsere  
Kasse noch fernerhin dem § 76 des  
Krankenversicherungs-Gesetzes genügt?  
2. Stellungnahme zur diesjährigen  
Generalversammlung.  
3. Verschiedenes.  
Im Interesse der Mitglieder ist zahl-  
reiches u. pünktliches Erscheinen dringend  
erforderlich. 298/11  
**Der Einberufer.**

## Achtung!

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der Tischler u. s. w.**  
Filiale F  
macht hiermit bekannt, daß die Zahl-  
stelle Hölmerstr. 9 bei Lohoritz vom  
Sonntag, den 14. Mai, nach der  
Kuppinerstr. 42, v. pari. bei Raabe,  
verlegt ist. 305/8  
**Die Ortsverwaltung.**

## Achtung! Siffenmacher!

Die Herrenpartie findet am Son-  
ntag, den 15. d. Mts., nach Zehlendorf  
statt. Abfahrt früh 6 Uhr 5 Minuten  
vom Potsdamer Bahnhof. Sammelp-  
unkt 8 Uhr in Zehlendorf bei Barnike,  
Teltowerstr. 23. Um rege Betheiligung  
bittet 190/20  
**Der Vorstand.**

## Brot, Kaffee, Butter,

sowie alle Kolonialwaaren u. Mählen-  
fabrikate kaufen Sie am besten und  
billigsten in der Verkaufsstelle der  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
**Schwedterstr. 20,**  
Ede Chorinerstraße.

## Die Drogenhandlung von

**M. Schüssler,**  
**8 Gerichtstraße 8,**  
empfiehlt: 2857L  
**Fußbodenfarbe** pr. Pfund 30 Pf.  
**Fußbodenglanzöl** pr. Pfund 75 Pf.



## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 12. Mai, Nachmittags 5 Uhr.

Der neugewählte Stadtverordnete Wallach wird in der üblichen Weise verpflichtet.

Magistratsassessor Tourbié hat die Wahl zum besoldeten Stadtrath angenommen.

Die Besprechung des Antrages Meyer II, den Magistrat um Auskunft über die etwa schwebenden Verhandlungen über Umgestaltungen der Umgebungen des Schlosses zu ersuchen, wird fortgesetzt. Es liegt heute folgender Antrag der Fraktion der Linken vor:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, bei der Prüfung der Frage einer etwaigen Regulierung des Schlossplatzes gänzlich Abstand zu nehmen von Vorschlägen auf Beschaffung der Kosten durch private Beiträge, falls die Verwendung derartiger Beiträge an die Bedingung geknüpft wird, daß ein Theil des bisherigen Schlossplatzes in Zukunft dem freien Verkehr entzogen werde.

Stadtverordnete Spinola bringt einen anderweitigen Antrag ein, wonach auf Grund der Auskunft des Magistrats und der Verhandlungen der Versammlung vom 5. und des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai über den Antrag Meyer II zur Tagesordnung übergegangen werden soll.

Bürgermeister Zelle theilt mit, daß der Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze sein dem Magistrat gemachtes Anerbieten zurückgezogen hat. (Bewegung.)

Stadtverordnete Meyer II. stellt den Sinn seiner in der vorigen Sitzung bezüglich der Schloßfreihofs-Lotterie gethanen Aeußerungen dahin fest, daß er von einer offenkundigen Thatsache, von den durch das Lotteriefonortium bei der Gelegenheit eingetragenen Gewinnen gesprochen habe, daß er damit keinen Verdacht gegen irgend eine besonders genannte Person ausgesprochen habe, noch habe aussprechen wollen, weil es absurd gewesen wäre und weder seiner, noch der Würde der Versammlung angemessen erschienen wäre. Hiernach zieht Redner seinen Antrag als völlig erledigt zurück.

Nach der Ansicht des Vorsitzers sind damit auch sämtliche übrigen Anträge erledigt. Um indes eine Fortführung der Debatte und eine Beschlußfassung zu ermöglichen, nimmt Stadtverordnete Barth den Antrag Meyer II. wieder auf. Stadtverordnete Singer erklärt, daß er event. dasselbe gethan hätte, da es der Versammlung doch nicht als angemessen erscheinen könnte, die Sache wie das Hornberger Schieschen auszuhehen zu lassen.

Stadtverordnete Barth hält es nicht für notwendig, nochmals die ganze Materie gründlich zu erörtern, bittet aber um Annahme seines Antrages, damit dem Magistrat wenigstens ein für allemal auch für die Zukunft Klarheit verschafft wird, wie die Mehrheit der Versammlung über solche Dinge, die sich ja jeden Tag wiederholen können, denkt.

Stadtverordnete Singer hat folgenden Antrag eingebracht: Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei der Prüfung der Frage einer etwaigen Regulierung des Schlossplatzes darauf Bedacht zu nehmen, daß kein Theil des Schlossplatzes dem freien Verkehr entzogen werde.

Stadtverordnete Spinola empfiehlt seinen Antrag als den einzig richtigen Abschluß dieser Angelegenheit. Diese beiden hauptsächlichsten Aergernisse, der Entenich und die Lotterie, seien beseitigt. Herr Kunze habe seine Offerte zurückgezogen; was wolle man nun noch mehr? Der Antrag Barth sei unannehmbar, er binde der Versammlung die Hände und gebe ihr für alle Zukunft gebundene Marschrouten. Man müsse sich aber freie Hand halten und von Fall zu Fall entscheiden. Eine Beschlußfassung nach dem Antrage Barth würde der Würde nicht entsprechen (Widerspruch); dieser Antrag sei ab irato gestellt, während die Frage der Freilegung der betr. Häuser jetzt die Tagesdeputation beschäftigen und also auf einem ganz ordnungsmäßigen Wege sich befinden.

Stadtverordnete Singer: Der Stadtverordnete Spinola befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Sache bezüglich der Regulierung des Schlossplatzes jetzt auf ganz ordnungsmäßigen Wege erledigt ist, indem die städtische Deputation beauftragt ist, ein Projekt für die Feststellung der Baufluchtlinie anzuarbeiten. Nach der Erklärung des Bürgermeisters ist selbstverständlich die Aufgabe für die Deputation auch erledigt, es sei denn, daß der Magistrat aus eigener Anschauung die Nothwendigkeit der Regulierung des Schlossplatzes anerkennt und uns Vorschläge machen will. Das ist aber nicht geschehen. Wenn der Bürgermeister die heutige Erklärung nicht abgegeben hätte, würde ich angefragt haben, ob Herr Kunze dem Magistrat mitgetheilt hat, daß er im Auftrage des Kaisers

mit ihm verhandelt und im Auftrage des Kaisers die Häuser angeboten hat, mit der Aufforderung, dafür einen Theil des Schlossplatzes zur Errichtung von Terrassen abzugeben. Diese Frage ist von Wichtigkeit für die Versammlung. Bis zum vorigen Donnerstag war nicht bekannt, daß Kunze im Auftrage des Kaisers verhandelt habe, sondern erst nachher kam dies nach Veröffentlichung eines Schreibens des Herrn Kunze an den Kollegen Meyer zur Kenntniß der Versammlung. Mit dem Kollegen Barth bin ich darin einverstanden, daß im Augenblick keine Veranlassung vorliegt, die ganze Sache hier nochmal zum Vortrag zu bringen. Ich werde mich darauf beschränken, meinen Antrag zu vertheidigen, der, wie ich glaube, sich auf einen objektiveren Standpunkt stellt, als der der Herren Barth und Langerhans. Dieser Letztere legt den Hauptwerth darauf, daß die Stadt Beiträge von Privaten nicht annehmen soll, wenn daran die Bedingung der Freilegung des Schlossplatzes geknüpft ist. Wir haben keine Veranlassung, uns hier mit Privatbeiträgen zu beschäftigen. Man könnte aber vielleicht bezweifeln, wenn z. B. von Seiten des Hausministeriums Beiträge geleistet werden, so fielen das nicht unter den Begriff Privatbeiträge. Ich will nicht den Antragsteller imputiren, diese Auffassung gehabt zu haben, ich liebe aber volle Klarheit. Ich bin der Meinung, wir sollten diese Beitragsfrage bei Seite lassen und uns auf den rein objektiven Standpunkt stellen: Können wir es im Interesse der Bürgerschaft und des öffentlichen Verkehrs verantworten, daß aus irgend welchen Ursachen Projekte zu Stande kommen, welche den Verkehr beeinträchtigen? Da sage ich ein rundes Nein! Ich will hoffen, daß die Versammlung dieselbe Auffassung hat, und da meine ich, daß Sie gut thun, meinen Antrag anzunehmen. Damit begraben wir alle Projekte, die theils phantastisch, theils aus privaten Gründen an uns herankommen, und halten uns frei von allen diesen Dingen, auf dem uns gebührenden Standpunkt: für uns ist die Verbreiterung des Schlossplatzes eine Frage der Wohlfahrt der Bürgerschaft und der Erweiterung des Verkehrs, und nichts anderes. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Bürgermeister Zelle: Magistrat und Stadtverordnete haben das Recht, über die Gestaltung von Straßen und Plätzen zu befinden. Von diesem Recht will der Antrag Singer etwas abnehmen, indem er es bezüglich eines bestimmten Platzes beschränkt und zwar gewissermaßen auf alle Ewigkeit, während schon ein altes Sprichwort sagt: Niemand soll man niemals sagen. Der Antrag Barth ist inhaltlich selbstverständlich. Eine Aenderung von Straßen und Plätzen kann nicht vorgenommen werden, wenn die Versammlung nicht zustimmt; ohne Zustimmung der Versammlung kann er auch kein Geschenk dertat annehmen. Gerade solche selbstverständliche Anträge geben zum Kopfschütteln Anlaß. Ich bitte Sie, der motivirten Tagesordnung zuzustimmen.

Stadtverordnete Barth ist verwundert, daß sein Antrag vom Bürgermeister als selbstverständlich bezeichnet werde, da doch gerade in der vorliegenden Angelegenheit der Magistrat nicht die eben betonte Rücksicht auf die Versammlung genommen habe. (Sehr richtig.) Auf ein besonderes Vertrauensvotum habe der Magistrat um so weniger Anspruch, als er in der vorigen Sitzung es sorgfältig vermieden habe, über die Thatsache sich zu äußern, daß die 1/2 Millionen für die Südseite des Schlossplatzes nur unter der Bedingung angeboten waren, daß dem Terrassenprojekt zugestimmt würde. Nach alledem würde es der Würde der Versammlung nicht entsprechen, die Angelegenheit einfach auf sich beruhen zu lassen; gerade die Terrassenangelegenheit erfordere eine ungewöhnliche Meinungsäußerung der Versammlung.

Bürgermeister Zelle: Mögen wir Projekte ausarbeiten, wie wir wollen, das letzte Wort hat immer die Versammlung. Denn der Antrag soll doch nicht etwa bedeuten, daß dem Magistrat verboten wird, jemals irgend einer Anregung bezüglich des Schlossplatzes näher zu treten?

Stadtverordnete Baileu begreift nicht, wie Herr Barth nach seiner so klaren Darlegung nicht die Klouage gehabt hat, einen Antrag einzubringen, wonach die Versammlung beschließt, niemals dem Kaiser einen Theil des Schlossplatzes zur Verfügung zu stellen. (Lebhafte Widerspruch.) Er werde für die motivirte Tagesordnung stimmen.

Stadtverordnete Stadthagen: Die Anfrage des Kollegen Singer, ob in der Offerte hervorgehoben ist, daß Herr Kunze im Auftrage des Kaisers gehandelt hat, ist unbeantwortet geblieben. Die Einwendungen des Bürgermeisters Zelle gegen unseren Antrag beruhen auf Irrthum. Allerdings haben Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung das Recht, über die Gestaltung der Straßen und Plätze Berlins zu befinden. Der Antrag Singer tritt dem aber in keiner Weise entgegen. Er verlangt nur, daß der Magistrat thun soll, was er bis jetzt unterlassen hat, nämlich das sachliche Motiv im Auge zu haben, daß es ganz und gar nicht im Interesse der Bewohner liegt, den Schlossplatz irgendwie zu verengen. Der Magistrat hätte uns die ganze Aufregung und alle

Debatten erspart, wenn er von diesem sachlichen Standpunkt aus jede Verhandlung mit Herrn Kunze abgewiesen hätte. Von einer Bindung für alle Ewigkeit ist keine Rede. Das genannte sachliche Motiv ist schon einmal vom Magistrat außer Acht gelassen worden, nämlich als das Fundament aufgestellt wurde; damals hätte eine Erweiterung des Schlossplatzes damit parallel gehen müssen, nach welcher Seite hin, ist mir sehr gleichgültig. Der Antrag Barth ist mir auch wegen des Wortes „privat“ nicht klar. Wie soll im Sinne dieses Antrages der jetzige Bewohner des Schlosses aufgefaßt werden; ist dieser eine öffentliche oder eine Privatperson oder eine Behörde? Wir bitten daher unseren Antrag anzunehmen; erst in zweiter Linie werden wir für den Antrag Barth stimmen.

Stadtverordnete Namslau erklärt sich für die Spinola'sche Tagesordnung. Nach der Zurückziehung der Offerte könne man hier nur noch eine leblich akademische Debatte führen. Der Zukunft dürfe nicht präjudicirt werden; die Annahme des Antrages Barth sei eine Art Selbstmord für die Versammlung. Thatsächlich sei das Bedürfnis der Verbreiterung im Interesse des Verkehrs dort vorhanden, wo die Häuser stehen, nicht da, wo wir event. Terrain hergeben sollen. (Widerspruch. Zwischenruf: Da stehen Posten! Andauernde Heiterkeit.)

Stadtverordnete Sachs II protestirt gegen das Vorgehen des Stadtverordneten Baileu, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen und die Krone als Schild zur Dedung zu benutzen. Er verlangt die Vorlegung des Briefes, in welchem der Herr Kunze seine Offerte zurückzieht, und wendet sich dann gegen die Ausführungen des Bürgermeisters und des Stadtverordneten Namslau. Es müsse der Legendenbildung vorgebeugt werden, als ob von jeher in der Gemeindeverwaltung die Niederlegung der Häuser an der Kurfürsten-Brücke erwogen worden sei. Noch am 4. Dezember 1890 habe Stadtbaurath Hobrecht das Gegentheil öffentlich bekundet.

Bürgermeister Zelle: Es heißt in dem Briefe des Herrn Kunze: — „daß ich meine bedingte Offerte vom 15. März cr. zurückziehe.“ (Bewegung; Jurist: „bedingte“!) Event. kann die frühere Offerte vorgelegt werden.

Stadtverordnete Langerhans: Die vom Magistrat gegebene Auskunft ist durchaus ungenügend gewesen. Der Stadtrath Voigt hat kein Wort von den Bedingungen und Wünschen gesagt, die mitgespielt haben. Unter solchen Umständen können wir doch keine Tagesordnung annehmen, zumal der Herr Bürgermeister auch von den Vorlagen spricht, die uns gemacht werden müßten. Wir können doch nicht außer Acht lassen, wie wir in den letzten drei Jahren auf diesem Wege überrollt worden sind. Wir können keinen Plan annehmen, der den schon engen Schlossplatz noch mehr verengt. Auf ewig wird ja eine solche Sache doch nicht festgelegt. Direkt gegen Terrassen ist in dem Antrag nichts gesagt, wir haben sie darin gar nicht erwähnen wollen.

Bürgermeister Zelle verliest die Offerte des Herrn Kunze, wonach auch die Anlage von Terrassen auf der Rückseite des Schlosses von der Stadt genehmigt und der Schlossplatz mit geräuschlosem Pflaster versehen werden sollte. (Große Bewegung und Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird die motivirte Tagesordnung des Stadtverordneten Spinola mit 63 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Barth-Langerhans in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen.

Für die motivirte Tagesordnung stimmt u. a. auch der Vorsitzende Dr. Stryk, der nachher auch dem Antrage Barth seine Stimme giebt.

Auf die untern 9. April cr. von dem Stadtverordneten Spinola u. Gen. an den Magistrat gerichtete Anfrage, weshalb die von der Versammlung bereits am 15. Januar 1891 verhandelte Frage, in welcher Weise von den Gemeindebehörden die gemeinnützigen Bestrebungen zur Beschaffung billiger Wohnungen für Beamte, Arbeiter u. s. w. gefördert werden können, bisher keine Erledigung gefunden habe und warum die im Juni 1891 eingefestigte gemischte Deputation noch immer nicht zusammengetreten sei?

hat der Magistrat am 23. April erwidert, daß er mit Rücksicht auf die in beschleunigter Weise seitens der Staatsbehörden betriebene Einverleibung der Vororte und in Anbetracht des bevorstehenden Ueberganges der gesammten Wohlthätigkeitspolizei einschließlich der Hauptpolizei auf die Stadt den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet erachtet, die Beratungen der gemischten Kommission aufzunehmen, sich aber fortgesetzt bemühen wird, die für eine sachgemäße Behandlung der ganzen Frage erheblichen thatsächlichen Verhältnisse genauer fest-

ob er wirklich gleich gehen wolle. Er antwortete mit einem entschiedenen „Ja“.

Als der Teufel das erste Mal bekannt, er wolle den Knaben verlassen, da beschwor ich ihn, er dürfe weder in eine der hier anwesenden Personen, noch in ein anderes Geschöpf, auch nicht in die „Herzen“ hineinfahren, die ihn hinein verwünscht, sondern er müsse an den Ort gehen, den ihm Gott angewiesen. — Nach einer Pause stellte ich die Frage: Hast Du den Knaben schon verlassen? Ich erhielt zur Antwort: „Ja“. Auch Deine Genossen? „Ja“. Zum dritten Male beschwöre ich Dich, die volle Wahrheit zu bekennen: Hast Du mit Deinen Genossen den Knaben verlassen? Er erwiderte: „Ja“.

Wo bist Du jetzt? lautete die weitere Frage: In der Hölle, lautete die Antwort. Auch Deine Genossen? „Ja“, löste es wieder.

Im Namen der allerheiligsten Dreifaltigkeit beschwöre ich Dich zum dritten Male, es durch ein Zeichen zu bekennen, ob Du mit Deinen Genossen wirklich in der Hölle bist. „Ja, wir sind in der Hölle“, lautete es ganz schauerhaft.

Bei dieser letzten Antwort schien es wirklich, als ob die Stimme aus der Hölle käme. Früher hatte der Teufel immer in frechem und bissigem Tone geantwortet, die letzte Antwort war ganz wehmüthig.

Jetzt stürzten Thränen aus den Augen des Knaben. Es war dies das Zeichen, daß der böse Feind ihn wirklich verlassen habe. Denn erst in dem Augenblick, als er das dritte Mal erklärte, er sei in der Hölle, fuhr er aus, vorher hatte er mich immer bloß angelogen. Er ist ja doch der Vater der Lüge. Ich ließ jetzt den Knaben das hl. Kreuzzeichen machen, das Cruzifix anschauen, den hl. Namen Jesus und Maria sowie den des hl. Erzengels Michael aussprechen. Er that es unter herzlichem Weinen. Ich reichte ihm die Kreuzpartikel und die hl. Reliquien zum Kusse; er küßte sie unter vielen Thränen. Der Knabe betete sodann das „Vater unser“ und „Ave Maria“ unter lautem Schluchzen. Darauf beendigte ich die Exorzismen. Hierauf stellte ich ihn unter den Schutz der Mutter Gottes, indem ich ihn in das vierfache Scapulier einwickelte.

Die Freunde, die wir alle empfanden, war groß, und um dem lieben Gott die Ehre zu geben, der durch seinen unwürdigen

## Eine Teufelaustreibung in Bayern.

(Fortsetzung.)

Es folgte die Beschwörung, er müsse das Kind verlassen, es helfe ihm alles nichts. Darauf schrie er ganz wüthend: „Ich kann nicht.“ Warum kannst Du das Kind nicht verlassen, fragte ich. „Weil die“ immer verwünscht, gab er als Grund an. Ich fragte, wer „die“ sei, etwa eine Frauensperson. Die Antwort war: „Ja“. Sodann fragte ich nach dem Namen dieser Person. Er nannte sie mit dem Namen Herz. Bei diesen Worten schlugen die Eltern des Besessenen die Hände über dem Kopf zusammen und weinend sagten sie: „Diese Frau ist unsere Nachbarin“. Auf die Frage, ob sie ihn hineinverwünscht habe, sagte er: „Ja“. Jetzt fragte ich nach dem Grunde, warum diese Frau ihn hineinverwünscht habe. Er erklärte: „Weil sie zornig war“. Ich beschwor ihn dann, mir zu sagen, ob jener Knabe der Frau etwas Böses gethan habe. Er antwortete: „Nein“.

Auf die zu wiederholten Malen angewandte Beschwörung, er müsse das Kind verlassen, er habe kein Recht, ein Geschöpf Gottes zu quälen, gab er immer und immer wieder zur Antwort: „Ich kann nicht.“ Auf die sodann gestellte Frage, warum er das Kind nicht verlassen könne, gab er zur Antwort: „Weil diese Herz immer verwünscht.“ Verwünscht sie jetzt noch? fragte ich. Antwort: „Ja“. Also so lange die Frau das Verwünschen nicht läßt, kannst Du das Kind nicht verlassen, fragte ich den Besessenen. Er erklärte: „Ja“. Aber Du mußt dieses Kind verlassen, beschwor ich ihn, trotzdem diese Frau immer verwünscht, Gott ist mächtiger als Du, und ich habe als Priester Gewalt über Dich. Da schrie er ganz boshaft: „Ich mag nicht“.

Hierauf beschwor ich ihn, zu sagen, ob und wann er denn aus diesem Knaben ausfahren wolle. Die Antwort lautete: „Ich weiß es nicht“.

Ich stellte sodann die weitere Frage, wie lange er schon das Kind im Besitz habe. Er sagte: „Ein halbes Jahr.“ Diese Aussage ist richtig, denn seit einem halben Jahre besand sich der Knabe in diesem traurigen Zustande.

Nun beschwor ich ihn, mir zu erklären, warum er das arme unschuldige Kind so quäle, da er über dasselbe auch sonst noch keine Herrschaft habe, weil es sich ihm noch nicht durch eine Todsünde geopfert habe. Auf dieses hin sagte er: „Weil ich muß.“ Warum? fragte ich ihn sofort. „Weil diese Herz immer verwünscht, und so lange dies der Fall ist, kann ich nicht gehen“, erwiderte er. Als ich ihm noch einmal erklärte, er müsse trotzdem gehen, mag diese verwünschten oder nicht, sagte er wieder ganz boshaft: „Ich mag nicht“.

Aber Du mußt doch gehen, erklärte ich, und ich beschwöre Dich bei Gott dem Allmächtigen, jetzt offen zu bekennen, wann Du gehen willst. „Ich weiß es nicht“, sagte er mir ganz verächtlich. Nun fragte ich auch noch den Teufel, welchen Namen er habe. Er sagte mir: „Ich weiß es nicht“.

Ich war nun ganz erschöpft und in der größten Aufregung, denn diese Beschwörungen dauerten nahezu zwei Stunden. Ich beendete den Exorzismus.

Was ich während dieser Tage ausgestanden, welche Gefühle während und nach der Beschwörung ich empfand, das überlasse ich der Betrachtung jedes Einzelnen. Nur das eine will ich bekennen, daß ich nach diesem Exorzismus das Versprechen machte, am andern Tage eine Dankagungsmesse zu lesen zu Ehren der Mutter Gottes, aller Engel und Heiligen, wenn der liebe Gott durch ihre Fürsprache mir helfe. Und wirklich, am Nachmittage fand mein Gebet Erhörung.

Vertrauensvoller als früher und ermutigt durch die vielen Offenbarungen, die der böse Feind in der Frühe gemacht hatte, nahm ich Nachmittags 1 Uhr den Exorzismus wieder vor, und zwar zum letzten Male. Beim Segen mit der Kreuzpartikel und der Allerheiligen-Bitaneel war der Knabe zwar noch unruhig, allein das Aussprechen hatte aufgehört. Unter Anwendung der nämlichen Mittel wie in der Frühe beschwor ich den Teufel, jetzt die volle Wahrheit zu bekennen, ob er den Knaben verlassen wolle. Nach langem Beschwören sagte er endlich unter schmerzhaftem Stöhnen und Seufzen in ziemlich demüthigem Tone: „Ja“. Auf diese Antwort hin wurde ich noch beherzter und beschwor ihn bei Gott, bei der Mutter Gottes und beim heiligen Erzengel Michael, ob er gleich gehen wolle. „Ja“, war die Antwort. Ich beschwor ihn zum dritten Male, die volle Wahrheit zu sagen,



zustellen und nicht minder den im Gange befindlichen Privatunternehmungen, so weit solche mit bestimmten Anträgen an den Magistrat herantreten, Förderung zu Theil werden zu lassen. In diesem Sinne sei auch die Freilegung der Straße 46a (Abtheilung XIII des Bebauungsplans) bewirkt worden, um den Weißbisch'schen Plan der Errichtung von Gebäuden mit kleineren Wohnungen südlich der Landberger Allee zu fördern.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Spinola wird der Gegenstand für erledigt erklärt.

Die Vorlage betreffend die Aufnahme einer Obligationen an die von 70 Millionen wird ohne Ausschussberatung genehmigt, nachdem Stadtv. Kalisch festgestellt hat, daß nach der ausdrücklichen Erklärung des Kammerers der Magistrat beschloffen hat, von jetzt ab neue Brücken, Hospitäler und höhere Schulen nur aus laufenden Einnahmen zu bauen.

In den Rechnungsausschuss wird Stadtv. George gewählt.

Die Petition des Vorstandes der Vereinigung Berliner Architekten, betr. das Verfahren bei Aufstellung und Prüfung der Entwürfe zu städtischen Bauten, wird auf Antrag Wolgemuß dem Magistrat zur Erwürdigung überwiesen.

Die Magistratsvorlage betr. die Erwerbung der zur Verbreiterung der Straße am Spittelmarkt erforderlichen Flächen der Grundstücke Am Spittelmarkt 8/9 und 10 hatte die Zahlung einer Entschädigung von 450 000 Mark an die Firma Koppel u. Co. empfohlen, wenn dieselbe innerhalb Jahresfrist die genannten Grundstücke bis zur neuen Bauhaltlinie von Gebäuden freilegt und das frei werdende Land pflanzfrei an die Stadt ausläßt.

Der niedergelegte Ausschuss hält die Entschädigung für viel zu hoch und hat die Vorlage abgelehnt. Die Stadtgemeinde habe alle Veranlassung, die Grundstücke durch die bereits vorhandene gemischte Deputation direkt kaufen zu lassen bezw. im Wege der Enteignung zu erwerben. — Dagegen hat der Ausschuss mit 7 gegen 6 Stimmen sich für den Erwerb des der Badgedankstalt gehörigen Grundstücks Breitestr. 21 zum Preise von 300 000 M. erklärt, beantragt aber zugleich eine Resolution, worin dem Magistrat das lebhafteste Bedauern der Versammlung darüber ausgesprochen werden soll, daß in dieser wichtigen und als eilig anzusehenden Verkaufsangelegenheit seitens des betr. Bureau eine unliebsame Verzögerung stattgefunden hat, und worin ferner das Mißfallen der Versammlung darüber Ausdruck finden soll, daß das von der Badgedankstalt dem Magistrat gegenüber beobachtete Verfahren nicht als ein solches angesehen werden kann, wie es unter Behörden üblich zu sein pflegt. (Der Magistrat hat am 8. März der Badgedankstalt mitgeteilt, daß er der Versammlung die Annahme ihres Anerbietens zu empfehlen beschloffen habe; die Vorlage ist aber erst am 9. April der Versammlung gemacht worden. Inzwischen hat am 6. April die Anstalt das Grundstück durch notariellen Vertrag an den Kaufmann Louis Oppenheim verkauft.)

Die Vorlage betr. die Häuser am Spittelmarkt wird ohne Debatte nach dem Ausschussantrage abgelehnt, dagegen die zweite betr. das Haus Breitestr. 21 vom Bürgermeister Jelle als erledigt bezeichnet, durch eine anderweitige Vorlage, welche der Versammlung demnächst zugehen soll. Die Verathung wird auf Antrag Meyer I einstweilen ausgesetzt.

Anlässlich der Februartaxmulte sind bei der Stadtgemeinde in 121 Fällen Entschädigungsansprüche erhoben worden, für Eigentumsbeschädigungen u. dgl. zu deren Erfas die Gemeinde auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 verpflichtet ist. 18 Fälle sind abgewiesen, in einigen schweben noch Verhandlungen. Vereinzelt erhobene Ansprüche auf Entschädigung wegen erschwerter Geschäftsführung, Versäumnis u. dgl. sind nicht berücksichtigt worden. Die Summe der Entschädigungsbeträge beläuft sich auf 16 642,31 M.

Die Vorlage wird nach Ablehnung eines Antrags Vortmann auf Ausschussberatung angenommen.

Die Vorlage betr. den Abschluß eines Vergleichs mit den Eigentümern des Grundstücks Burgstraße 18/18a wird auf Antrag Hätti einem Ausschuss überwiesen.

Schluß 8 Uhr.

## Lokales.

In Sachen Eugen Richter erhalten wir folgende Zuschrift:

Verehrliche Redaktion! Da Sie die neuesten Schimpfelein des Herrn Eugen Richter gegen mich erwähnt haben und mein ganzliches Schweigen von den Lesern des „Vorwärts“, an deren Achtung mir gelegen ist, mißdeutet werden könnte, so bitte ich Sie, mir noch ein letztes Wort zu gestatten.

1. Herr Richter behauptet, daß ich mich durch den Vorwurf des „Renegatenthums“ „betroffen“ fühle. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich Sie um die Aufnahme meiner neuartigen Erklärung erst ersuchte, nachdem Herr Richter Ihre Aufforderung, Namen für seine dunklen Verdächtigungen zu nennen, feige wie immer abgelehnt, dagegen nach Art abgefeimter Verleumder seine Verdächtigungen selbst in einer Form wiederholt hatte, die nur auf meinen Kollegen Ledebour und mich deuten konnten.

2. Herr Richter sucht meine Thätigkeit für die „Neue Zeit“ als im ehrenrührigen Sinne des Wortes „anonym“ darzustellen.

Diener so Großes gethan, trat ich mit dem Knaben und den Anwesenden an den Hochaltar und betete laut das Liedum. Derauf gab ich mit dem Ciborium den hl. Segen.

Am anderen Tage (Mittwoch, 15. Juli) früh 1/6 Uhr war feierliche Dankgottesdienste mit Rosenkranz, wie ich es gelobt hatte. Während derselben Lurte der Knabe auf einem Betstuhel im Presbyterium und betete mit den zahlreich erschienenen Gläubigen in Andacht den hl. Rosenkranz mit. Kein Auge blieb thranenleer beim Anblick des von seinem Uebel befreiten Knaben.

Das ist der Hergang der Lösung der schwierigen Aufgabe, die mir geworden, der schwierigsten, die überhaupt einem Priester übertragen werden kann. Uebrigens rufe ich mit dem Psalmisten: Nicht uns, o Herr, nicht uns, sondern deinem Namen gieb die Ehre! Ich meinerseits vermag nichts anderes, als Gott zu danken und seine unendliche Barmherzigkeit zu preisen, die er so wunderbar an diesem Knaben gezeigt hat.

### C. Ursache der Beseffenheit.

Der Vater des Knaben ist katholisch, die Mutter protestantisch. Sie lebten somit in gemischter Ehe, waren protestantisch getraut und hatten protestantische Kindererziehung. Vor längerer Zeit kam dem Vater doch die Neue über diesen unglückseligen Schritt; er wollte seinen Fehler wieder gut machen und schickte seine drei Kinder darum in die katholische Schule nach Dürrwangen. Dies erregte den Haß der Protestanten. Ihr ganzes Bestreben ging darauf hinaus, diese Mütter-Obelste vollständig zu ruinieren. Sie kündigten das bei denselben aus Zinsen geleihene Geld, halfen ihnen nicht mehr in der Noth und ließen kein Getreide mehr bei denselben mahlen, um sie so in kurzer Zeit an den Bettelstab zu bringen. Und um nun das Unglück voll zu machen, hat die Nachbarin Herz, eine Protestantin, die Kinder verlockt. Der Knabe hat nämlich einmal in einer dämonischen Ekstase gelächelt, daß er durch den Genuß von Dufeln, die ihm die genannte Frau an Fastnacht schenkte — es sollen deren 50 gewesen sein — beseffen worden sei. Solche Ekstasen hatte der Knabe öfters. In einer erklärte der Teufel auch einmal, daß er vorher auf einer Insel in einem Ozeanbilde gewesen sei, und weisagte großes Unheil über diese „Derg“, weil er durch ihre Verwünschungen in diesen Knaben fahren mußte, den er doch bald wieder verlassen müsse. In einer solchen äußerte er auch schon eiliche Tage vorher: „es komme jetzt ein Brief vom Bischof, daß er ausgetrieben werden solle“, und auch unsern Brief kündigte er drei Tage vorher an.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich seit vier Jahren öffentlich unter den Mitarbeitern der „Neuen Zeit“ ausgeführt werde und meine Beiträge entweder mit meinem Namen oder, soweit es sich um laufende Korrespondenzen handelt, unter einem und demselben Korrespondenznamen veröffentlichte. Letzteres geschieht nicht, um meine Autorschaft zu verbergen, die nach Form und Inhalt der Briefe vielmehr seit Jahr und Tag für jeden etwaigen Interessenten offen vorliegt, sondern weil es eine alte, allgemein gebräuchliche Sitte der deutschen Presse ist, derartige an den Tag gebundene Briefe auswärtiger Mitarbeiter unter der durchsichtigen Anonymität eines fiktiven Korrespondenzzeichens zu veröffentlichen. Herr Richter, der wie Niemand vor ihm die Anonymität der Presse in schamloser Weise mißbraucht und discreditiert hat, ist eben deshalb berufen, die anständigen und logischen Anonymität zu verleumden.

3. Herr Richter schreibt endlich: „Der Artikel wiederholt unter den bekannten, alten Erbsen auch das Märchen von der angeblichen Vorkottirung Mehring's Seitens der „Volks-Zeitung“. Die Hartnäckigkeit, mit welcher Franz Mehring diese Unwahrheit vorbringt, wirft zugleich ein schlechtes Licht auf die Wahrhaftigkeit seiner ersten „Erklärung“, der Erklärung nämlich, daß ich noch nie eine Zeile für den „Vorwärts“ geschrieben habe. Abgesehen von den „bekannten, alten Erbsen“, — Herr Richter meint damit u. A. die Nichtwürdigkeiten, die er gegen die polizeilich verbotene „Volks-Zeitung“ begangen hat und die er den Lesern der „Freisinnigen Zeitung“ so sorgfältig verheimlicht, daß sie für diese noch ganz „neu“ und „unbekannte Erbsen“ sind —, stelle ich fest, daß der vom Ausschussrathe der „Volks-Zeitung“ an mir verübte Vorkott durch ein umfassendes gerichtliches Beweisverfahren und ein rechtskräftiges gerichtliches Erkenntnis über jeden Zweifel hinaus kargelegt worden ist. Ins Gesicht dieser gerichtlichen Akten hinein läßt Herr Richter nicht nur, sondern, wissend daß er läßt, will er mich auf seine Lüge hin gar zweier Lügen und darunter einer „hartnäckigen“ zeihen.

Darnach verbietet mir meine Selbstachtung allerdings, diesem Menschen direkt zu sagen, wer er ist. Ich beschränke mich darauf, der freisinnigen Partei mein aufrichtiges Beileid auszusprechen wegen des Mißgeschicks, mit dem sie gerade den verlogenen Schuft in den deutschen Grenzen zu ihrem Großherrscher erkoren hat.

Berlin, den 12. Mai 1892.

Mit kollegialem Gruß!

Jhr  
F. Mehning.

Zur Charakterisirung Herrn Eugen Richter's wird und noch Folgendes geschrieben:

Da Herr Eugen Richter, unbeirrt durch Ihre Erklärungen, fortfährt, in der „Freisinnigen Zeitung“ die ehemaligen Redakteure der „Volks-Zeitung“ zu begeißen, beständige auch ich hiermit ausdrücklich, daß ich ebenso wenig wie mein früherer Kollege Mehning diejenigen Artikel des „Vorwärts“ verfaßt habe, deren Urheberhaftigkeit er uns angehängt hat, um einen Streit mit uns vom Zaune brechen zu können. Um einer der beliebtesten Verdrehungen des Herrn Richter vorzubeugen, füge ich übrigens noch hinzu, daß ich vordem wiederholt Artikel für den „Vorwärts“ geschrieben habe und mir diese Mitarbeiterhaftigkeit durchaus zur Ehre anrechne. Ich würde es für überflüssig halten, Ihren und Mehning's Ausführungen noch ein Wort der Abwehr gegen die kleinlichen und verlogenen Angriffe des Herrn Richter hinzuzufügen, wenn es nicht in diesem Falle möglich und deshalb notwendig wäre, die Fäden der unsauberen Verleumdungspraktiken bloßzulegen, durch welche dieser Basilisk der Politik seit Jahren unser öffentliches Leben entehrt. Denn es hat sich schon oftmals selbst seinen eigenen Parteigenossen die Schamröthe in die Wangen getrieben, daß Herr Eugen Richter sich nicht entblödet, seine Stellung als Parteiführer und Herausgeber einer Zeitung dazu auszunützen, um alle ihm unbedeuten Personen durch Verleumdungen und Denunziationen wenigstens materiell zu schädigen. So erhielt, um nur ein Beispiel anzuführen, Herr Dr. Paul Schenker, als er damals, ein junger Anfänger, die Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“ wegen irgend welcher Unbilligkeiten verlassen hatte, von Herrn Richter in besagtem Blatt eine Briefkasten-Notiz nachgeschleudert, durch welche er als ein untauglicher Theaterkritiker öffentlich discreditiert und damit in seinem Fortkommen geschädigt werden sollte. Und damals hatte Herr Richter nicht einmal den Vorwand politischer Gegnerschaft zur Deckung jenes Aktes feiger Bosheit zur Hand!

In ähnlicher Weise sucht Herr Richter auch jetzt die ehemaligen Redakteure der „Volks-Zeitung“, denen er sachlich nicht beikommen kann, wenigstens persönlich zu schädigen durch Anschuldigungen, die nachweislich wider besseres Wissen erfolgen. Dem nämlichen Manne, der uns jetzt „Renegaten“ schimpft, ist es wohlbekannt, daß sowohl Mehning wie ich niemals Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei gewesen sind, und nie ist er müde geworden, die „Volks-Zeitung“ zur Zeit des Sozialistengesetzes als ein sozialistisches Blatt zu denunzieren. Die nämliche Verlogenheit und Verdrehungssucht wie bei Ansetzung der Polemik, bewährt Herr Richter auch in der Fortführung derselben. Während aus Mehning's ungewollter Erklärung für Jedermann hervorgeht, daß sich seine „moralische Entrüstung“ gegen Herrn Richter's Verleumdungen und Beschimpfungen lehrt, thut Basilisk-Richter so, als ob Mehning in der Behauptung, er habe für den „Vor-

Der Vater hat, nachdem er etliche Male bei uns gewesen war, seinen unglückseligen Schritt wieder gut gemacht. Er ließ sich noch einmal, und zwar nach katholischen Ritus trauen und an den Kindern wurden wieder die Taufzeremonien nachgeholt. Nur bei dem besessenen Knaben konnte man, so lange er in diesem traurigen Zustande sich befand, nicht zum Ziele kommen. Denn er wüthete und tobt so entseztlich, daß ihn sechs starke Männer nicht bändigen konnten.

So groß das Unglück für die Eltern zu sein schien, so war dabei doch noch größer die Gnade Gottes. Der Vater wurde dadurch wieder ein gläubiger katholischer Christ, die Kinder wurden für die katholische Kirche gewonnen und auch die protestantische Mutter wird in nächster Zeit in den Schooß der allein-seligmachenden Kirche zurückkehren. Wer bewundert da nicht die Weisheit Gottes, der aus diesem Unglück so viel Gutes zu ziehen wußte.

### D. Erscheinungen nach der Beseffenheit.

Der Knabe zeigte sich jetzt ungemein heiter und frohlich. Während der Beseffenheit hielt er fast beständig Mund und Augen geschlossen, wir konnten nie ein Wort aus seinem Munde vernehmen, aber danach war er sehr gesprächig und seine Kindesaugen leuchteten so klar und unschuldig, daß es eine Freude war, in dieselben zu schauen. In den Tagen der Beseffenheit drückte der Knabe die Hände immer trampfhaft an die Brust und machte unnatürliche Zuckungen am Körper; daraus zeigte er sich in ganz normalem Zustande. Während der fünf vorausgehenden Exorzismen befand sich jedesmal der Knabe in einer dämonischen Ekstase und nach einer jeden war er ganz starr und wie leblos ungefähr eine halbe Stunde lang, beim letzten Exorzismus, nachdem der Teufel ausgefahren, war der Knabe ganz ruhig, man merkte sogar keine auffallende Erscheinung mehr an ihm. Zur Zeit der Beseffenheit konnte der Knabe nicht Beweites in seiner Nähe dulden, nach derselben nahm er mit eigener Hand die heiligen Kreuzpartikel und die Heilquaten und läßt sie und besprengte sie mit Weihwasser.

Hier muß ich eine Bemerkung beifügen. So oft ich den besessenen Knaben mit Weihwasser besprengte, sprang er wie rasend gegen mich, nahm ich gewöhnliches Wasser, was er ja nicht wissen konnte, blieb er ruhig. Ebenso, wenn ich ein Gebet der Kirche in lateinischer Sprache über ihn betete, fing er das Wüthen und Toben an, las ich aber aus einem lateinischen Klassiker etwas vor, so ließ er mich ruhig lesen.

wärts“ gearbeitet, an sich einen Vorwurf erblickt hätte. Und trotz aller Gegenbeweise beharrt Herr Richter zum Schein bei seiner Behauptung, die ehemaligen Redakteure der „Volks-Zeitung“ seien die Urheber der ihm unbedeuten Artikel des „Vorwärts“. Während ferner Niemand darüber im Zweifel war, daß mit den von ihm angegriffenen Personen nur Mehning und ich gemeint sein konnte, thut Herr Richter jetzt so, als habe er noch einen Dritten im Auge gehabt, trotzdem er sehr gut weiß, daß der Dritte, nicht mit uns insoweit komplizierter prinzipieller Konflikte, sondern kurze Zeit nach uns aus der Redaktion der „Volks-Zeitung“ ausgeschiedene Redakteur der deutschfreisinnigen Partei angehört, ihr noch angehört und obendrein Redakteur einer Provinzialzeitung deutschfreisinniger Richtung, der „Breslauer Morgenzeitung“, ist. Es ist doch die abgefeimteste Basilisk-Taktik, wenn Herr Richter sich, bei einer Lüge ertappt, sofort in eine neue hineinrettet!

Was für dunkle Zwecke sind es nun aber, deretwegen Herr Richter, so gänzlich unverantwortlich von uns, plötzlich mit seinen Beschimpfungen und Verleumdungen über die ehemaligen Redakteure der „Volks-Zeitung“ hergefallen ist? Zur Erhellung derselben kann ich einen Fingerzeig geben. Vor kurzer Zeit ist eine Verurtheilung zu einem Monat Gefängnis rechtskräftig geworden, die ich im Dienste und im Interesse der „Volks-Zeitung“ vor etwa anderthalb Jahren verurteilt habe. Diese Verurtheilung führte zu Verhandlungen zwischen mir und der Verwaltung der „Volks-Zeitung's“ „Mittengesellschaft“ wegen der Verpflichtungen, welche der Zeitung mir gegenüber daraus erwachsen, Verhandlungen, die noch nicht zum Abschluß geblieben sind. Sowohl seitens der Verwaltung der „Volks-Zeitung“ wie von meiner Seite sind im Laufe dieser Verhandlungen Gutachten von verschiedenen journalistisch und politisch erfahrenen Persönlichkeiten eingelesen worden. Es erscheint ausgeschlossen, daß dabei Herr Eugen Richter, der mit dem Vorstehenden des Ausschussraths der „Volks-Zeitung“ intim verkehrt, übergangen sein sollte. Gerade während nun diese Verhandlungen in der Schwebe waren, und wohl nicht nur trotz sondern wegen derselben, tauchten plötzlich in der „Freisinnigen Zeitung“ die Denunziationen und Verdächtigungen der „ehemaligen Redakteure der Volks-Zeitung“ auf. Hatte sich doch dem Scharblick des Herrn Eugen Richter die liebliche Aussicht eröffnet, dadurch vielleicht etwas dazu beitragen zu können, daß ein politischer Gegner materiell geschädigt wird. Ob dieses würdige Streben von Erfolg sein wird, bleibt noch abzuwarten; ein unfähiger Stel überkommt mich aber bei dem Gedanken, daß man überhaupt in unserem öffentlichen Leben mit den Vbereien des Herrn Eugen Richter noch ernsthaft rechnen muß.

Friedrichshagen, 12. Mai 1892.

Georg Ledebour.

Eine Kur für Arbeitslosigkeit. In einer von „Unabhängigen“ einberufenen Versammlung von Arbeitslosen wurde nach dem üblichen Geschimpfe auf die Sozialdemokratie folgende Resolution vorgeschlagen:

„In Erwägung, daß Reichthum und Besitz der oberen Zehntausend nur auf die Ausbeutung des Proletariats sowie dessen Knechtung aufgebaut sind; in fernerer Erwägung, daß ganze Strecken von Land brach liegen, fordert die Versammlung der Arbeitslosen von den heutigen Machthabern, für sofortige Beschäftigung Sorge zu tragen. Sie erblickt in den reformatorischen Bestrebungen der Parlamente nur eine Verzögerung der gerechten Forderungen des Proletariats. Aus diesem Grunde klammert sie sich auch nicht an die Zukunft, sondern ist event. entschlossen, durch ihren eigenen Willen eine Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse auf möglichst schnellem Wege herbeizuführen.“

Ehe es zu einer Besprechung kam, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, was in diesem Falle doppelt zu bedauern ist, weil eine Kritik der Resolution dadurch verhindert wurde. Es ist nicht möglich, in eine Resolution von gleicher Länge eine größere Summe von Ulfan und hohler Phrasen zusammen zu drängen. Weil ganze Strecken Landes brach liegen, „fordert“ man von den „heutigen Machthabern“ sofortige Beschäftigung. „Ewa“ auf den brachliegenden „ganzen Strecken Landes“, z. B. der Lüneburger Heide? Natürlich lachen die „heutigen Machthaber“ über eine so kindische Forderung. Aber nehmen wir Beispiels halber einmal an, die Forderung sei nicht kindisch — auch die „gehobenen Forderungen des Proletariats“ werden von den Machthabern nicht berücksichtigt — sagt uns die Resolution. Die Thatsache ist allerdings nicht zu bestreiten. Doch was folgt hieran? Die Begehrtheit der bestehenden Klassen? Die Nimmer-satttheit des Kapitalismus? Mit Nichten.

„Die reformatorischen Bestrebungen der Parlamente!“ Sie sind Schuld daran, daß die gerechten Forderungen des Proletariats noch nicht erfüllt sind, oder wenigstens daß deren Erfüllung „verzögert“ ist. Aus „unabhängigem“ Deutsch in rechtshaffenes ethisches Deutsch überfetzt heißt das: Der Parlamentarismus ist Schuld an der Arbeitslosigkeit, — daß die Sozialdemokratie Vertreter des Proletariats in den Reichstag geschickt hat mit einem größeren Stimmengewicht, als irgend eine andere Partei — daß die Sozialdemokratie, das heißt die Partei, deren Programm es

Nach dem Teufelaustreiben ging der Knabe freiwillig an den Hochaltar und betrachtete alle an demselben befindlichen Statuen, so, er rutschte sogar danach in der Wallfahrtskirche aus eigenem Antriebe um den Altar herum. Dies wird von uns und vielen andern bezeugt. Beim Segen mit der hl. Kreuzpartikel verfiel der Knabe während der Beseffenheit in Wuthausbrüche, nach derselben zeigte er die größte Ehrfurcht gegen das Allerheiligste. Während der Beseffenheit ließ der Knabe den größten Theil des Tages wie ein wildes Thier im Walde nahe bei seiner Heimath herum, Jedermann floh ihn, jetzt liebt er die Einsamkeit und Jedermann liebt ihn. Das Gerücht von dieser Begebenheit verbreitete sich in der ganzen Umgegend. Katholiken wie Protestanten hörten mit Staunen dieses neue, einem Wunder ähnliche Ereignis. Denn der Knabe war wenigstens zehn Stunden im Umkreise bekannt und kein einziger hat es gewagt, die Thatsache anzuzweifeln. Dieses könnte nur ein ganz ungläubiger Mensch. Wer die Beseffenheit in unseren Tagen leugnen wollte, der bekant hiermit, daß er abgeirrt ist von der Lehre der katholischen Kirche. Er wird erst dann an eine Beseffenheit glauben, wenn er im Besitze des Teufels in der Hölle ist. Für mich habe ich die Autorität zweier Bischöfe.

Laut Bericht des Vaters und Knaben vom 3. August 1891 ist bei dem Knaben alles in Ordnung. Er besucht jetzt als Katholik mit Liebe die katholische Kirche, betet fleißig, lernt sehr gut in der Schule — während der Beseffenheit konnte er sie nicht besuchen — und macht seinen Eltern ungemein große Freude. Nur in den ersten drei Tagen nach des Teufels Austreibung ging es fürchterlich im elterlichen Hause zu; man glaubte jeden Augenblick, das Haus müsse zusammenstürzen; aber am vierten Tage war Ruhe und ist es noch. Am Feste Mariä-Himmelfahrt war Vater und Knabe bei mir, um mir noch einmal zu danken. Mein Herz war erfreut, den Knaben gesund und blühend zu sehen; denn durch die Beseffenheit war er ganz abgemagert.

Diesen Bericht hat P. Aurelian, der den Teufel antrieb, zum ewigen Andenken für das Provinzialarchiv Altdilling sowie für das Klosterarchiv Wending verfaßt.

Wending, den 15. August 1891.

P. Aurelian, Kapuziner.

(Schluß in der 2. Beilage.)



ist, die Arbeit zu organisieren und die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen — daß diese Partei des arbeitenden Volks Dank ihrer Taktik, zu der auch die parlamentarische Tätigkeit gehört, nach Herrn von Caprioli's eigenem Geständnis einen auf die Entschuldigungen der Regierung bestimmenden — wenn auch natürlich noch nicht zur Zustimmung zwingenden Einfluss ausübt — das ist Schuld an der Arbeitslosigkeit! Und das ist ein Grund, die Taktik der Sozialdemokratie zu verwerfen — womit der Herr Reichskanzler von Caprioli, der König Stumm und der Biederstein Saare sicherlich sehr einverstanden wären.

Ein nicht „unabhängiges“ Gehirn hätte geschlossen: die Sozialdemokratie hat noch nicht genug getan, sie muß mehr thun! Das „unabhängige“ Hirn schließt unangelehrt: sie hat zu viel getan, sie soll nichts thun! Wir — „unabhängigen“ — pfeifen auf den „Parlamentarismus“, wir pfeifen auf die „Zukunft“, wir „wollen“ sofort die Früchte ernten. Den Baum, der die Früchte uns bringen soll, pflügen, zur Reife gelangen lassen, — organisieren, agitieren, den Pöbel an die Verbältnisse ansetzen, — dummes Zeug! Wir wollen die „Umgestaltung“ sofort — „auf schnellstem Wege“. Und unsere Mittel? „Wir sind entschlossen“, die „Umgestaltung“, „durch unseren eigenen Willen durchzuführen“. „Unser Wille“ ist der Wunderhüter! O heilige Einfalt! Der „eigene Wille“, der die „Umgestaltung der Verbältnisse herbeiführen will“, wurde beifällig durch die Auslösung der Versammlung praktisch so drastisch ad absurdum geführt, daß die theoretische Aufdeckung des Unsinns überflüssig gemacht wurde. Die verschämte „Propaganda der That“ läuft eben, gleich der nicht verschämten, in Wirklichkeit stets auf das politische Nichtstun hinaus, welches gleichbedeutend wäre mit der ewigen Herrschaft des Kapitalismus.

Mit solch reaktionärem Köder, der durch einige scheinrevolutionäre Phrasen nicht weniger reaktionär wird, fängt man in Deutschland keine Arbeiter mehr, und auch keine Arbeitslosen.

Sie wissen, daß ihnen durch die anarchistischen Phrasen der „Unabhängigen“ nicht geholfen werden kann. Wie sonstige Uebel hat auch die Arbeitslosigkeit in einem tief eingetretenen System, das noch Millionen und Abermillionen in seinen Ideenkreis bannt, seine Ursache, nämlich in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Arbeitslosigkeit abzuschaffen durch die sogenannte Propaganda der That, welche der Referent der „Unabhängigen“ empfahl, ist schon deshalb aussichtslos, weil die Arbeitslosigkeit nur deswegen schon große Dimensionen annehmen kann, weil Tausende von Arbeitern selbst, oft trotz guter Bezahlung, keine Rücksicht auf den Arbeitslosen nehmen. Sie treten nicht ein für die Verkürzung der Arbeitszeit, durch welche bei einigermaßen einheitlicher Einführung in dem betr. Verufe auf geraume Zeit hinaus einem großen Theil von Arbeitslosen Arbeit verschafft werden würde. Es giebt einen Theil von Unternehmern, welche nur deshalb am Unfug der Arbeitszeit-Verlängerung und der Reduktion der Löhne theilnehmen, weil ihre gewissenloseren Konkurrenten jeden Tag mehr als sie bedürftige Arbeiter zu jedem Lohne erhalten und somit das Produkt zu einem Spottpreise herstellen können. Die sozialdemokratische Taktik, durch Auslösung der Massen nach allen Richtungen hin den sozialen Gedanken dem ganzen Volke organisch einzuverleiben, um damit die Grundlage zu schaffen, auf welcher erst die sozialdemokratische Gesellschaft sicher und vor Stürmen gefestigt begründet werden kann, ist deshalb die richtige. Was dagegen die „Unabhängigen“ und die Anarchisten mit ihrer Taktik bezwecken, kann nur zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung und zum Nutzen des Kapitalismus verlaufen.

In Tempelhof hatte der sozialdemokratische Vertrauensmann Genosse August Birz aus verschiedenen Gründen gegen die am 1. April stattgehabte Kommunalwahl (der 3. Wahlklasse) Einspruch erhoben. Dieser wurde von der Gemeindevertretung in der Sitzung vom 2. Mai als unbegründet zurückgewiesen, worin der vierte Grund der Zurückweisung angeführt wurde, der bei Einspruch sei überhaupt zu spät erhoben worden. Er sei erst am 20. April dem Gemeindevorsteher zugegangen, während die gesetzliche Frist seiner Zulässigkeit mit dem 16. April abließ. Auf Weisung der Registratur des Kreisaußschusses des Kreises Zeltow, die sich in den Händen Birz's befindet, ist aber der Einspruch desselben bereits am 19. April dem Kreisaußschusse eingereicht, dagegen erst am 19. April dem Gemeindevorstand Tempelhof's zur Verfügung gestellt worden. Hier liegt augenscheinlich ein gefehlwidriges Versäumnis der zur Weiterbeförderung des Wahlprotestes verpflichteten Behörde vor. Ein recht-zeitig erhobener Protest gegen die Wahl zur Gemeindevertretung, an dem jeder Theilnehmende ein großes Interesse hat, wird dadurch von vornherein illusorisch, den Wählern werden ihre Rechte verweigert oder gar genommen. Dem werden die Genossen bei gleichen oder ähnlichen Fällen in Zukunft energisch, zunächst durch Besprechung des Beschwerdewegs, entgegenzutreten müssen.

Konkurrenz wurde wegen des Gebichtes die Beilage der Nummer 18 der „Berliner Volks-Zeitung“. Die in der Expedition derselben noch vorhanden gewesenen 280 Exemplare wurden nach dem Amtsgericht geschafft.

In Wrig haben unsere Genossen auf der Rosense-Terrasse, Chausseest. 69, zur Nachfeier des 1. Mai, der ihnen grüßlich verregnete, zu Sonntag, den 15. Mai, ein Arbeiterfest veranstaltet, zu welchem sie auch die Berliner Genossen und Arbeiter-Gesangsvereine einluden.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Montag, den 16. Mai, beginnt ein neuer Zyklus von Vorträgen, in denen die wichtigsten Epochen der Geschichte behandelt werden. Es sind vorläufig 6 Vorträge in Aussicht genommen und finden dieselben regelmäßig Montags Abends 8 Uhr im oberen Saale Rosenterrasse 38 statt. Um es auch weiteren Kreisen zu ermöglichen, diese Vorträge zu besuchen und die Besprechungen der Schule kennen zu lernen, hat der Vorstand beschlossen, das bisherige Entree von 20 Pf. auf 10 Pf. herabzusetzen. Mitglieder haben nach wie vor freien Zutritt.

Mit den Mondfinsternissen hat Berlin neuerdings Glück. Wie die totale Mondfinsternis vom 15./16. November während des größten Theils ihres Verlaufs bei uns gut sichtbar war, so konnte auch die partielle, aber fast totale Mondfinsternis vom 11. Mai, die für die westliche Hälfte Asiens und Australiens, für den Indischen Ocean, Afrika, den Atlantischen Ocean, Südamerika, aber auch für Europa sichtbar sein sollte, bei uns sehr gut beobachtet werden. Wenn sich auch durch die Hauptstrahlen der Stadt Mittwoch Abend vielfach theilnahmlos, die flüchtig oder von ihren Vorkurs-Aussägen heimkehrend, die große Menge drängte, so waren doch allüberall an ruhigeren Stellen oder wo sonst auf Straßen und Plätzen wie von den Finsternissen aus, wo der Mond wahrgenommen werden konnte, die Amateur- und Volksastronomen eifrig bei der Arbeit. Auf der Sternwarte der Urania, die durch rothe Säuleneingänge die Himmelserscheinung bekannt gemacht und zum Besuch ihres Instituts eingeladen hatte, sind etwa 300 Personen erschienen, die zunächst im Theaterraum 9 1/2 Uhr durch den vorbereitenden Projektionsvortrag des Herrn Dr. Kober über die Bedeutung der Mondfinsternis klar und anschaulich unterrichtet wurden und sich sodann auf der Plattform drängten, um wenigstens auf eine Minute einen Blick durch die Fernrohre thun zu können; daß dort natürlich sämtliche Himmelskörper mondwärts abgeprobt waren, ist selbstverständlich! Der Mond, der am Mittwoch 7 Uhr 29 Minuten für Berlin ausging, hat das Maximum seiner Erdnähe mit 408 000 Kilometer zwar bereits am 8. Mai erreicht gehabt, steht aber gegenwärtig noch recht weit ab von der Erde; er erschien also kleiner als bei der totalen vom 15. November:

am 13. November hat der Mond in einer Erdnähe von 362 000 Kilometer gestanden. Der Himmel war wolkenfrei, und genau konnte man beobachten, wie der Mond 10 Uhr 4 Min. Berliner Zeit, d. i. 9 Uhr 10 Minuten Weltzeit, in den Schattenlegel der Erde trat. Von links nach rechts ging der kreisrunde Erdschatten allmählig immer weiter über die Mondscheibe, in den Refraktoren aber bekanntlich umgekehrt von der Rechten zur Linken. Interessant war es zu sehen, wie mit dem Dunkelwerden des Mondes immer heller die Sterne am Firmament aufleuchteten, wie sie umgekehrt beim Rückgang der Verfinsternung ebenso allmählig wieder abblöhten. Um 11 Uhr 47 Minuten hatte die Finsternis ihren Höhepunkt erreicht: nur ein ganz kleiner Mondabschnitt, das Kreissegment einer Höhe von 0,4 des Monddurchmessers leuchtete am rechten Mondrand auf und versank. Der helle Streifen zog sich immer mehr nach unten; der Schatten ging nach rechts oben immer mehr über die Mondscheibe hinaus, und immer größer wurde, von links nach rechts wachsend, etwa wie wenn die Sichel eines abnehmenden Mondes zunehmen könnte, vor unseren Augen der hellstrahlende Mond; um 1 Uhr 30 Min. Berliner Ortszeit, 12 Uhr 37 Min. Weltzeit, hatte die Verfinsternung ihr Ende erreicht, leuchtete der Vollmond am Firmament. Die gelbrothe Färbung des von der Erde beschatteten Mondes war etwas unbestimmter im Farbton als am 15. November vorigen Jahres, aber doch sehr charakteristisch: unsere Atmosphäre läßt die Strahlen der rothen Seite des Sonnenpektrums vollständiger durch als die blauen und violetten, und es gab so die in der Erdatmosphäre gebrochenen Lichtstrahlen der Sonne, der Reflex unserer Abend- und Morgenröthe, die ja immer irgendwo auf der Erde leuchtet, auch wenn's andern Orts Nacht ist, dem Monde sein superrothes Licht. Ein bräunlich rother Kranz schimmerte auch in einem Abstände von 4—5 Monddurchmessern auf dem leichten Cirrusgewölke, das gegen Ende der Finsternis sich eine Weile um den Mond gruppiert hatte, um 1 Uhr 20 Minuten etwa aber auch verschwand. Um diese Zeit beobachteten wir übrigens im Abstände von etwa 20° rechts vom Monde ein Meteor, das schnell seine feurige Bahn vollendete.

Zu fortgesetzten Verkehrsstockungen kam es auf der Stadtbahn während des vorgestrigen Feiertags und Vultages in einem Umfange, wie es im Betrieb derselben wohl noch nicht vorgekommen sein dürfte. Es war für vorgestern der „Drei-Minutenverkehr“ auf der Stadtbahn angelehrt worden und außerdem wurden je nach Bedarf vom Silesischen Bahnhof Estrazüge abgelassen, so daß es während der Tagesstunden den Anstrengungen des Bahnpersonals wohl gelang, die Massen der Ausflügler zu befördern, wenngleich ein geordneter Fahrplan nicht eingehalten werden konnte. Von 7 Uhr Abends ab hörte durch den kolossalen Andrang der aus den Vororten zurückkehrenden Massen auf den Bahnhöfen jede Berechnung, jede Ordnung im Befördern der Passagiere auf; die einlaufenden Züge wurden einfach gestärmt und es spielten sich auf den Perrons geradezu haarsträubende Szenen ab, wobei schwächere Personen einfach zu Boden gestochen wurden; dazwischen schreiende Kinder, kreischende Frauen, die vergeblich versuchten aus dem Gedränge herauszukommen, so sah es nach 8 Uhr Abends zwei Stunden hindurch aus fast allen Vorort-Bahnhöfen, namentlich in Grünauwald, Johannisthal, Grünau, Rummelsburg aus. Von 9 Uhr ab kurzten die Stadtbahnzüge mit 45 Minuten Verspätung. — Eine ähnliche Schilderung entwirft uns ein zuverlässiger Berichterstatter von der Nord- und Stettiner Bahn; eine Fahrt von Birkenwerder bis Berlin dauerte am Vultag Nachmittag statt, wie sonst, 49 Minuten, nicht weniger als 1/4 Stunden. Und dabei, so sagt unser Gewährsmann, war das Publikum bei der Hitze wie das liebe Vieh in den Koupees eingepfercht.

„Lindenpark“ in Groß-Lichterfelde. Am Dienstag, den 10. Mai fand eine kleine Eröffnungsfeier des neuen Establishments „Lindenpark“ in Groß-Lichterfelde statt, wozu auch die Vertreter der Presse von dem Wirth, Herrn Vater, eingeladen. Das Lokal ist elegant und zweckentsprechend eingerichtet. Die Küche ist ausgezeichnet, die Getränke sehr gut, der Wirth zuvorkommend, Herz, was willst du mehr? Es soll auch noch ein Saal angebaut werden.

Ertrinken. Am Vultag Nachmittag 5 1/2 Uhr ließen sich etwa 18—20 Personen mittels Kahn vom Restaurant Waldschlösschen nach Stein's Restaurant in Grünau überfahren. Als der Kahn etwa 20 Schritt vom Ufer war, fuhr der dem Gürtelbesitzer Hille gehörige Schleppdampfer „Hohenzoller“ an ihm vorbei, die durch den Dampf aufgeworbenen Wellen brachten den Kahn ins Schwanken, so daß er kenterte und die Insassen ins Wasser fielen. Einige retteten sich durch Schwimmen, Andere indem sie sich an dem umgestürzten Kahn festhielten, bis ihnen durch herbeikommende Röhne Hilfe gebracht wurde, einige wurden, bereits bewußtlos, aus dem Wasser ausgefischt und wieder ins Leben zurückgerufen. Etwa 20 Minuten nach dem Unfall, wurde noch ein Mann aus dem Wasser gezogen, bei dem jedoch alle Belebungsversuche vergeblich waren. Es war dies der 34-jährige Metalldreher Schneider, in der Alexandrinenstraße wohnhaft. Derselbe war Witwer und hinterläßt ein 6-jähriges Töchterchen. Leider dürfte aber die Katastrophe noch ein zweites Opfer fordern; denn der Monteur Roal — einer der Verunglückten — erkrankte in dieser Nacht so heftig an den Folgen des Unfalls, daß zwei Ärzte vom Städtischen Krankenhaus Leben geholt werden mußten, die leider wenig Hoffnung für das Leben des Unglücklichen. — Es erübrigt nur noch, über das Verhalten des Kapitäns des schuldigen Dampfers ein Wort zu sagen, und vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, um dem gemeingefährlichen Treiben dieses Fahrzeuges Einhalt zu thun. Der obige Dampfer fährt, wenn er nicht Schleppdienste thut, so ungemein scharf, daß die kleineren auf dem Wasser der Dahme und Spree fahrenden Boote stets durch dieses Dampfboot gefährdet sind, und namentlich betlagen sich die Fährleute von Grünau über den „Hohenzoller“ bitter in dieser Weise. Der Herr Kapitän hat es nicht einmal für notwendig erachtet, sich nach den Opfern der von seinem Fahrzeuge herbeigerufenen Katastrophe umzuschauen; zu seiner Ehre wollen wir annehmen, daß derselbe nichts von dem Unfall gesehen hat. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit ist im Gange.

Der Rechtsanwalt Stein, der noch jüngst eine Broschüre gegen seinen ehemaligen Parteigenossen Althardt gerichtet hat, befindet sich seit Mittwoch im Untersuchungsgefängnis zu Moabit. Ueber den Grund der Verhaftung war Sicheres noch nicht zu ermitteln, außerdem Vernehmen nach handelt es sich um eine schon mehrere Jahre sich hinziehende Hypotheken-Angelegenheit, in welcher Rechtsanwalt Stein sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben soll.

Die Untersuchungsfrage gegen den Reichsbank-Kalkulator Schulz, welcher unter dem Verdacht der gegen die Reichsbank verübten Betrugsereien in Haft genommen worden war, hat ein jähes Ende genommen. Der Verhaftete hat sich gestern Nacht in seiner Zelle erhängt.

Der Buchhalter Eduard Frank, welcher im vorigen Jahre mit dem Börsenmakler Hermann Schwieger den Millionenbetrug gegen die Deutsche Bank ausgeführt hatte und seiner Verhaftung sich durch die Flucht entzogen hatte, ist nun endlich durch die Kriminalpolizei festgenommen und gestern in das Untersuchungsgefängnis Moabit übergeführt worden. Seine Verhaftung erfolgte in der Wohnung seines Bruders, welcher vor einiger Zeit nach der Blumenstraße 70 gezogen war und dort die 4. Etage inne hatte. Frank wurde dort, auf dem Balkon stehend, von Kriminalbeamten gesehen und durch den schnell herbeigekommenen Kriminalkommissar Wolff verhaftet. Der Ausreißer

hatte sich seit dem 30. Juli v. J. unsichtbar gemacht und es wird interessant sein, zu erfahren, wie er sich den Nachforschungen nach seiner Person so lange zu entziehen vermochte. Frank selbst giebt an, daß er in Norddeutschland umhergereist sei, es scheint aber fast so, als wenn er sich die ganze Zeit über in Berlin verborgen gehalten habe. — Sein Komplize Schwieger ist am 22. Februar zu 4 Jahren Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurtheilt worden und einer mindestens gleich hohen Strafe kann nunmehr auch Frank entgegen sehen.

Der Kaufmann Gzelwitsch, Demminerstraße in Chausseegarni wohnhaft, der, wie der Polizeibericht vom vorgestrigen Tage meldete, durch den Steinmehrlufow in dem N. f. h. Lokale in der Bothingerstraße schwer verletzt, nach anderen Meldungen nach Einlieferung in das Krankenhaus Friedrichshain gestorben sein sollte, befindet sich am Leben und wird, miewohl die Wunde ein geradezu furchtbares, vollständig genesen. Der Schläger, der übrigens eines ähnlichen Vergehens wegen schon vorbestraft ist, befindet sich im Moabiter Untersuchungsgefängnis.

Zu der Manzel'schen Mordaffäre war Mittwoch das Gerücht verbreitet, daß der Mörder der Postkassierersfrau auf dem Stettiner Bahnhofe verhaftet worden sei. Uns wird darüber Folgendes mitgetheilt:

Der früher im Betrieb der Nordbahn angestellt gewesene Bremser M. hatte sich von einem auf der Stettiner Bahn beschäftigten Kollegen vor einiger Zeit einen Mantel sowie 35 Pf. geliehen, ohne an die Rückgabe zu denken. Als M. zwei Tage vor dem Verbrechen von seinem Gläubiger darum erfuhr wurde, erklärte der Obdachlose, das nicht zu können; am Tage nach der Mordthat aber zahlte der ehemalige Schaffner das Geld zurück und dabei nahm der andere Beamte wahr, daß M. in Besitze einer größeren Geldsumme sei. Diesen Umstand brachte der Gläubiger mit dem Raubmord in der Gartenstraße in Verbindung, meldete seine Mißthandlung der Polizei, und diese fahndete vergeblich auf den Verächtlichen, bis es endlich Dienstag Abend auf dem Stettiner Bahnhof gelang, M. zu ergreifen. Der ehemalige Bremser vermochte jedoch kein Alibi zu beweisen und da auch festgestellt wurde, daß M. sich eine Summe Geldes geliehen hatte, so erfolgte seine Freilassung.

Zu der Weihenauer Todtschlagsaffäre erfährt unser Berichterstatter aus amtlicher Mittheilung, daß der Schankwirth Ludwig Werner das Recht der Nothwehr überschritten habe. W. hat die Falschheit des Lokals, nachdem diese bemerkt worden war, noch einmal hochgezogen und den auf der Straße befindlichen Personen Ruhe geboten, wodurch der Streit aus Neue hervorgerufen wurde. Werner schoß dann nicht ein Mal, sondern gab drei Schüsse hinter einander ab; der erste Schuß verfehlte, der zweite ging fehl und durchlöcherie Frau Wobackel die Kleidung und erst der dritte Schuß traf den stehenden Arbeiter W. hinterrücks. Endlich können wir noch mittheilen, daß sich die Zeugnisaussagen in dieser Angelegenheit sehr widersprechen, während W. sowie dessen Hausdiener behaupten, daß die hinausgewiesenen Arbeiter den Schankwirth getödtet, wird von anderer Seite ausgesagt, daß sich W. die Stichwunde nachträglich beigebracht habe, um die Nothwehr voranzuführen.

Schon wieder hat sich ein Lebensmüder am jüdischen Friedhofe in Weihenauer erschossen. Donnerstag Mittag um 12 Uhr fanden Arbeiter an der Mauer des Begräbnisplatzes einen anständig gekleideten Mann liegen, der einen Revolver in der rechten Hand hielt und aus dessen Brust Blut hervorströmte; der Unglückliche war bereits todt, nur die Leiche wurde nach dem jüdischen Friedhofe geschafft. Bei dem Erschossenen wurde eine Ziehungsliste der Marienburger Lotterie gefunden, sowie ein Zettel, der die Worte trug: „Devilson, Barnimstr. 29“; im Portemonnaie des Todten waren nur einige Groschen.

Die Leiche des seit drei Wochen vermißten Handlungsgehilfen Adolf Sohn wurde am Donnerstag, Abends 10 Uhr, bei Johannisthal ans Land geschwemmt. Uhr, sowie Portemonnaie mit Geldinhalt trug die Leiche noch bei sich.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Vormittags brachte sich ein Almosenempfänger, der seit längerer Zeit an einer unheilbaren Herzkrantheit leidet, in seiner Wohnung, in der Wellermannstraße, mittelst Revolvers durch einen Schuß in die Schläfe eine lebensgefährliche Verletzung bei. — Vormittags lief ein dreijähriger Knabe vor dem Hause Brenzlauer Allee 20 gegen einen in der Fahrt befindlichen Schlächternwagen, wurde überfahren und erlitt einen Bruch des linken Fußes. — Nachmittags wurde ein sechs-jähriges Mädchen vor dem Hause Dresdenerstr. 1 von einem Wäldernwagen, dessen Führer den rechtzeitigen Jurus unterlassen hatte, überfahren und am Kopfe und an den Beinen leicht verletzt. — Auf dem Kreuzungspunkte der neuen Hof- und Alten Jakobstraße wurde ein Hausmeister von einer Equipage überfahren und erlitt einen Bruch der rechten Hüfte, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 11. d. M. Vormittags gerieth ein dreijähriger Knabe vor dem Hause Linienstr. 15 unter die Räder eines Bierwagens und erlitt eine so bedeutende Verletzung an der Hand, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — In der Spree, hinter dem Grundstück Straalenstr. 45, wurde Nachmittags die Leiche eines unbekanntes, etwa 29 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Vor dem Hause Seydelstr. 15 fiel Abends ein Mädchen beim Abpringen von dem Vorderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde, gerieth unter die Räder desselben und erlitt eine schwere Verletzung des Unterschenkels. Es wurde nach der Charite gebracht. — Ein Nüchler wurde in seiner Wohnung in der Remelerstraße erhängt vorgefunden. — Am 10. und 11. d. M., sowie in der darauf folgenden Nacht fanden acht kleine Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

Wegen schwerer körperlicher Mißhandlung stand am 9. Mai der Besitzer und Dirigent der Nervenkur-Anstalt auf Wilhelmshöhe, der praktische Arzt Dr. med. Wiederhold vor der Strafkammer des Landgerichts Kassel. Er hat als Heilmittel gegen die seiner Heilanstalt anvertraute, an Hysterie leidende 50-jährige Frau des Generalkonsuls a. D. Kommerzienrath J. recht verbeißelnde, Ohrfeigen, Stock- und Peitschenhiebe angewandt. Vom 4. August bis zum 24. November, an welchem Tage sie ihr Gatte abholte und in einem besonderen Salonwagen nach Dresden führte, hat die Frau in dieser Behandlung geleidet, für welche noch obendrein ein enorm hoher Preis gezahlt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monat Gefängnis; der Gerichtshof setzte die Urtheilsverbindung bis zum 19. Mai aus.

Unter der Anklage des wiederholten Betruges und des Vergehens gegen die Konfessionsordnung bezw. wegen Beihilfe zu den erstgenannten Straftaten standen gestern der Goldarbeiter Robert Wielisch und dessen Bruder, der Handlungsbreiter Franz Wielisch vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der erste Angeklagte eröffnete im August 1890 im Hause Königgräberstr. 121 ein Goldwaarengeschäft. Er will ein Einlagekapital von 3000 M. gehabt haben, wovon ihm 1600 M. von seiner Tante, einem Fräulein Häbner, geliehen sein sollen. Schon nach 14 Monaten, im Oktober v. J., stellte der Angeklagte Robert Wielisch seine Zahlungen ein. Er hatte es innerhalb dieses kurzen Zeitraumes zu einer Schuldenlast von über 20 000 M. gebracht. Die Anklagebehörde behauptet, daß dabei ein arger Schwindel getrieben sein soll. Die Tante des Robert Wielisch soll nach und nach weitere Einschüsse geleistet haben, so daß ihr Guthaben insgesammt 2700 M. betrug. Der Bruder



